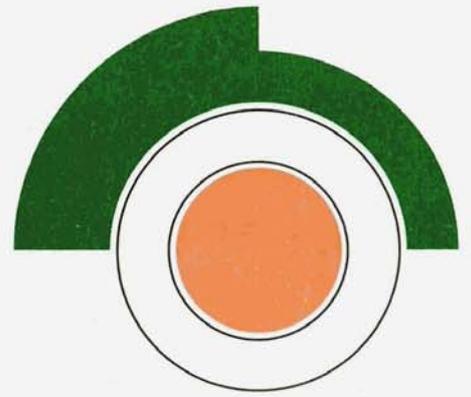


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 28. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 23.12.1997

WORT UND WIDERWORT

Sind Dienstleistungspools ein Instrument gegen Arbeitslosigkeit?

Dienstleistungspools oder Dienstleistungsagenturen böten für private Haushalte zu günstigen Konditionen vor allem solche Dienstleistungen an, die bisher überwiegend von Frauen in ungeschützter Beschäftigung als „Schwarzarbeit“ geleistet worden seien. Beschäftigungsprojekte, in denen Arbeit zu tarifvertraglichen Bedingungen und unter sozialrechtlicher Absicherung erbracht werde, müßten sich aber nicht auf den Bereich Haushalte beschränken. Das erklärt der SPD-Abgeordnete Michael Scheffler. Die CDU-Abgeordnete Regina van Dinther betont, Dienstleistungspools seien ein sehr gutes Instrument, aus vorhandener Arbeit sozial abgesicherte Arbeitsplätze zu machen. Durch die wachsende Berufstätigkeit der Frau biete der Arbeitsplatz Haushalt vielen Tausenden Arbeit. Die neuen Möglichkeiten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Haushaltskräften müßten besser bekanntgemacht werden. Die GRÜNE-Abgeordnete Marianne Hürten merkt an, bevor über Dienstleistungspools ein relevanter Teil der heute bereits bezahlten ungeschützten Arbeit im Haushalt abgewickelt werden könne, seien noch einige offene Fragen zu klären: Nach der angemessenen Qualifikation, nach dem notwendigen und natürlich am Markt durchsetzbaren Preis und ob bzw. wie öffentliche Förderung oder steuerliche Begünstigung gegeben sein solle. (Seite 2)

NRW und Niedersachsen bereinigen Grenzverlauf

Gebietsflächen werden ausgetauscht

Die Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wollen zur Bereinigung von Grenzuntimmigkeiten einen Austausch von Gebietsflächen vornehmen.

Der Landtag hat am 17. Dezember einem Staatsvertrag über Änderungen der gemeinsamen Landesgrenze zugestimmt. Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Ratifikation wurde nach erster Lesung einstimmig an den Hauptausschuß überwiesen.

Wie Innenminister Franz-Josef Kniola im Plenum mitteilte, sind auf nordrhein-westfälischer Seite die Städte Petershagen und Rahden sowie die Gemeinden Lienen und Stemwede wie auch die jeweiligen Kreise betroffen. Sie haben die beabsichtigten Änderungen angeregt oder sich mit diesen einverstanden erklärt.

Der Minister führte aus, durch die vorgesehenen Grenzänderungen werde vor allem auf nachdrücklichen Wunsch der Eigentümer im Grenzgebiet gelegener Grundstücke, aber auch zur künftigen Verringerung des Verwaltungsaufwandes der zuständigen Behörden, vor allem der Katasterverwaltung, der Grenzverlauf zweckmäßiger und übersichtlicher gestaltet und in eini-

gen Abschnitten an die topographischen Gegebenheiten angepaßt. Probleme hatte es bisher auch bei der örtlichen Zuordnung von Grundstücksteilen gegeben, weil die Grundstücke von der Landesgrenze „zerschnitten“ worden waren (Drs. 12/2664).



„Das ist mein Mann falls ich ihn nicht verwechselt habe!“

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

Die Woche im Landtag

Generaldebatte

Mit einer Generaldebatte endeten die Beratungen zum Haushalt 1998 in dritter Lesung. Mit den Stimmen der Koalition wurde der 89,5-Milliarden-Etat verabschiedet. (Seite 3)

Hochschulpolitik

In einer Regierungserklärung hat die Koalition die Reform der Ausbildungsförderung angemahnt und Studiengebühren eine Absage erteilt. (Seite 4)

Einzelpläne

Der Landtag schloß die Beratung der Etat-einzelpläne in zweiter Lesung ab. Einbezogen war das Gemeindefinanzierungsgesetz. (Seite 5)

Sportvereine

Sport hat in NRW einen hohen Stellenwert. Mit 600 gab es 1994 den höchsten Zuwachs an Sportvereinen. (Seite 11)

Jahresrückblick

Die Sorge um Arbeitsplätze kennzeichnete auch 1997 wieder die Landespolitik. Hoffnung für die Zukunft verbindet sich mit Multimedia. (Seite 12)

Brauchtum

In Westfalen hat sich lebendiges Krippenbrauchtum erhalten. Im Heimatmuseum in Telgte findet jährlich eine Krippenausstellung statt. (Seite 16)

WORT UND WIDERWORT

Dienstleistungen für Haushalte zu günstigen Konditionen

Von
Michael Scheffler

Ohne eine intelligente und flexiblere Organisation von Arbeit wird die Arbeitslosigkeit nicht entscheidend verringert werden können. Der Fortentwicklung von beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die diese Grunderkenntnis pragmatisch umsetzen, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Das gilt in hohem Maße für Dienstleistungspools oder Dienstleistungsagenturen, die als Modellprojekte in Nordrhein-Westfalen bereits mit Erfolg erprobt werden. Sie bieten für private Haushalte zu günstigen Konditionen vor allem solche Dienstleistungen an, die bisher überwiegend von Frauen in ungeschützter Beschäftigung als „Schwarzarbeit“ geleistet wurden. Beschäftigungsprojekte, in denen Arbeit zu tarifvertraglichen Bedingungen und unter sozialrechtlicher Absicherung erbracht werden, müssen sich aber nicht nur auf den Bereich Haushalte beschränken. Die Erschließung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten über die Förderung von einnahmeerzielenden Arbeitsmarktprojekten kann sich auch auf Dienstleistungen insbesondere für kleinere Unternehmen erstrecken, die diese sich durch eigenes Personal nicht leisten könnten. Notwendig ist es, solche Projekte vor Ort im regionalen Konsens zu definieren, damit Konkurrenzen zu bestehenden Betrieben

SPD: Für viele Chance auf sozial abgesicherten Arbeitsplatz

mit gleichen Dienstleistungsangeboten vermieden werden können und die notwendige Ausrichtung auf regionale oder örtliche Dienstleistungsbedarfe sichergestellt ist. Öffentliche Zuschüsse für Agenturen dürfen lediglich Anschubcharakter haben. Sie sollen helfen, Produktivitätsnachteile von Agenturen in der Anfangsphase auszugleichen. Dienstleistungsagenturen bieten die Möglichkeit, insbesondere solche Arbeitnehmergruppen in den Arbeitsmarkt durch Beschäftigung, Ausbildung und zusätzliche Qualifizierung zu integrieren, für die ein Einstieg oder die Rückkehr in den Arbeitsmarkt bisher kaum oder gar nicht möglich war. Das gilt zum Beispiel für viele Frauen, die nach einer Familienpause wieder arbeiten wollen oder für Angehörige der sogenannten „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes, wie wenig qualifizierte, lernunbewohnte oder ältere Menschen. Statt in die illegale Beschäftigung in Haushalten oder anderen Wirtschaftsbereichen abgedrängt oder mit geringfügiger Beschäftigung abgespeist zu werden, erhalten sie die Chance auf einen sozial abgesicherten Arbeitsplatz, der Perspektiven zur Rückkehr in das Arbeitsleben generell bietet. Nicht unbedeutend ist dabei auch, daß das System der sozialen Sicherung insgesamt entlastet, die Lohnnebenkosten reduziert und Altersarmut vermieden wird, wenn vermehrt sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Mit Innovationskraft und Phantasie, im Konsens von Wirtschaft, Gewerkschaften und staatlichen Instanzen ließe sich Bewegung in den erstarrten deutschen Arbeitsmarkt bringen, der unter den dramatischen politischen Fehlentscheidungen der konzeptionslosen Bundesregierung leidet. Die SPD-Fraktion ist bereit dazu, ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Gesundung zu leisten. Wir haben gezeigt, was jetzt schon machbar ist.

Von
Regina van Dinther

Dienstleistungspools sind ein sehr gutes Instrument, aus vorhandener Arbeit sozial abgesicherte Arbeitsplätze zu machen. Die Bundesregierung hat deshalb erste Schritte in diese Richtung bereits unternommen. So ist seit 1. Januar 1997 für alle Privathaushalte die Beschäftigung einer sozialversicherungspflichtigen Haushaltshilfe bis zu 18 000 Mark jährlich steuerlich absetzbar. Für kleinere Arbeitsverhältnisse ist der Dienstleistungsscheck eingeführt worden, mit dem der private Haushalt unbürokratisch eine Haushaltskraft einstellen kann. Auch hier ist die Sozialversicherungspflicht Grundbedingung zur Beschäftigung. Im kommenden Jahr sollen diese Instrumente von der Bundesregierung weiterentwickelt werden, da die Nachfrage des durchschnittlichen Privathaushalts etwa 5 Arbeitsstunden pro Woche ausmachen. Damit diese Arbeit demnächst verstärkt als sozialversicherte Arbeit

CDU: Bessere Chancen für Frauen

stattfinden kann, können hier Dienstleistungspools wichtige Arbeit übernehmen. Dienstleistungspools sollen die Arbeitskräfte einstellen, durch Weiterbildung optimale Arbeitstechniken vermitteln, diese gut ausgebildeten Arbeitnehmer den Privathaushalten anbieten. Dem Privathaushalt wird der gesamte Aufwand einer Einstellung und Beschäftigung abgenommen, auch Springerdienst und Urlaubsvertretungen können übernommen werden. Die Bundesregierung hat den Auftrag, die Rechnungen der Dienstleistungspools ebenfalls steuerlich absetzbar zu machen. Die CDU hat nichts dagegen, wenn erste Dienstleistungspools von der Politik angestoßen werden und die „Overhead-Kosten“ zeitlich begrenzt durch öffentliche Mittel finanziert werden. Unser Ziel ist aber, möglichst schnell die steuerliche Absetzbarkeit voranzutreiben, damit Dienstleistungsagenturen von privaten Existenzgründern und -gründerinnen betrieben werden können. Durch die wachsende Berufstätigkeit der Frau bietet der Arbeitsplatz Haushalt vielen Tausenden Arbeit. Diese Arbeit ist heute aber meist auf dem schwarzen Markt organisiert. Die neuen Möglichkeiten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Haushaltskräften müssen besser bekanntgemacht werden.

Von
Marianne Hürten

„Der Markt ist einfach da“, führte Birgit Unger (Mütterzentrum NRW) auf dem Fachgespräch der grünen Landtagsfraktion zu Dienstleistungspools im September 96 aus. „Ein Blick in den Anzeigenteil einer Zeitung macht bereits deutlich, wie groß die Nachfrage nach Dienstleistungen im und um Haushalt und Familie sind.“ Bis heute werden diese Dienstleistungen im wesentlichen außerhalb von legalen, versicherten Arbeitsverhältnissen erbracht. Schätzungen und Erhebungen gehen von mindestens 700 000 bis zu 2,4 Millionen sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnissen in privaten Haushalten aus. Zu über 90 Prozent sind es Frauen, die Arbeiten im Haushalt verrichten oder Kinder betreuen. Sicher, sie wollen in erster Linie „Cash auf die Hand“. Aber, auch wenn die Betroffenen meist als Familienangehörige krankenversichert sind, macht sich doch auf die Dauer der fehlende Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit und natürlich die fehlenden Rentenansprüche im Alter bemerkbar. Dazu kommt, daß in den einzelnen Haushalten oft nur wenige Stunden Arbeit anfallen und Organisation und Koordination verschiedener Stellen allein auf den Schultern der Betroffenen lastet. Denn eins ist völlig klar: Die meisten

GRÜNE: Modell gegen Schwarzarbeit in Privathaushalten?

Frauen wollen zwar teilzeitbeschäftigt bleiben, streben aber — wegen dem höheren Einkommen — eine längere Arbeitszeit von im Durchschnitt 21,3 Stunden an. Genau hier setzt die Idee des Dienstleistungspools an. Mit dieser Agentur wird der Arbeitsvertrag abgeschlossen. Es muß sich in jedem Fall um gesicherte Beschäftigungsverhältnisse handeln, also mit dem vollen Versicherungsschutz und mindestens halbtags. Die Agentur oder der Pool übernimmt auch die Koordinierungsarbeit und ist zuständig für die Lohnabrechnung mit den Beschäftigten und die Auftragsabrechnung mit dem Haushalt. So können aus Hunderttausenden ungeschützter Beschäftigter sozialversicherte Arbeitnehmerinnen mit einem gesicherten Einkommen werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen darin einen aktiven Beitrag gegen Arbeitslosigkeit, weil wir darunter einen Kampf für existenzsichernde Erwerbsarbeit verstehen. Bevor allerdings über Dienstleistungspools ein relevanter Teil der heute bereits bezahlten ungeschützten Arbeit im Haushalt abgewickelt werden kann, sind noch einige offene Fragen zu klären:

- die Frage nach der angemessenen Qualifikation
- nach dem notwendigen und natürlich am Markt durchsetzbaren Preis
- und ob bzw. wie öffentliche Förderung oder steuerliche Begünstigung gegeben sein soll.

GRÜNE fordern, daß zumindest die steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen auf Dienstleistungspools ausgedehnt wird. Wir wollen kein Dienstmädchenprivileg für einige wenige Spitzenverdiener, sondern daß sich möglichst viele die sozialversicherte Dienstleistung kaufen können, die sie brauchen!

Landtag verabschiedet nach Generaldebatte in 3. Lesung den Haushalt 1998

Krisensituation in Deutschland bereitet Sorgen

Der Landtag hat am Mittwoch, 17. Dezember, den Landeshaushalt 1998 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNEN nach einer Generaldebatte in dritter Lesung verabschiedet. Die Aussprache begann mit heftigen gegenseitigen Angriffen. Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen (CDU) hielt dem Ministerpräsidenten vor, ihm seien offensichtlich seine persönlichen Ambitionen und der Bestand der Koalition wichtiger als die Interessen Nordrhein-Westfalens. SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen (SPD) wies die Vorwürfe als unbegründet zurück. Niemand habe die Interessen des Landes so zu seinen eigenen gemacht wie Johannes Rau. GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel sah eine vielfache, vom Bund verursachte Krise. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) stellte zu allen Spekulationen fest, er tue seine Arbeit, weil er diesem Land gerne diene. Der Etat 1998 sieht Ausgaben in Höhe von 89,5 Milliarden Mark vor. Davon sollen 7,31 Milliarden Mark über neue Kredite finanziert werden.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, ging zu Beginn seines Beitrags zum Landeshaushalt auf die Vorfälle um die Rücktrittsdrohung von Ministerpräsident Johannes Rau in Zusammenhang mit der Mittelbewilligung für wasserrechtliche Gutachten zum Tagebau Garzweiler II (der erneute Antrag seiner Fraktion, darüber in einem eigenen Punkt der Tagesordnung zu sprechen, war zuvor von der Mehrheit abgelehnt worden) ein. Mit diesem Geld solle die Koalition gerettet werden, stellte er fest und hielt Rau vor, der Bestand dieser Koalition sei ihm wichtiger als das Interesse Nordrhein-Westfalens. Er verlange zudem eine Entschuldigung des Landeswirtschaftsministers, der diese Drohung Raus, vom WDR dokumentiert, vor dem Landtag als „baren Unsinn“ habe herunterspielen wollen. „Eigentlich“, so fuhr er fort, „ist unser Land ein Diamant, der nur den richtigen Schliff braucht, um zu einem wertvollen Schmuckstück zu werden.“ Aber im Ländervergleich sei NRW abgehängt worden, und die Ursachen seien hausgemacht. Als Beispiele nannte er Bildungssystem und Behördenapparat. Der Fraktionsvorsitzende wandte sich den Differenzen zwischen den beiden Koalitionspartnern zu und attestierte in diesem Zusammenhang „Führungsschwäche“ und „Machtversessenheit aus Kosten der Menschen im Lande“. Linssen: „Dieses Bündnis des Mißvergnügens sendet nicht nur falsche Signale für den Wirtschaftsstandort, sondern auch für die gesamte gesellschaftspolitische Entwicklung bei uns.“ Dieses Bündnis als Muster für Bonn? — „Gott bewahre uns“, sagte Linssen und schloß mit der Aufforderung an den Ministerpräsidenten zurückzutreten, „bevor die Krise der Landesregierung zur Krise unseres Landes wird.“

Klaus Matthiesen (SPD), Fraktionsvorsitzender, wandte sich an den Oppositionsführer, weil dieser sich an die Adresse des Ministerpräsidenten mit dem Ziel gerichtet habe,



Beratungen in Krisensituation: v. l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Klaus Matthiesen (SPD), Roland Appel (GRÜNE) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).
Fotos: Schäfer

ihn unter dem Motto zu stigmatisieren, daß ihm der Bestand dieser Koalition wichtiger sei als die Interessen des Landes. Er sage ihm dazu in aller Deutlichkeit: Wer wie Johannes Rau die Interessen des Landes zu seinen eigenen gemacht habe, der gehöre nicht nur in Schutz genommen vor solchen unflätigen Angriffen. Er halte dem Oppositionsführer auch entgegen, wenn er nur ein Zehntel dieser Leistung für das Land erbracht hätte wie Johannes Rau, dann wäre er ein guter Oppositionsführer. „Aber Sie haben nicht einmal dieses eine Zehntel gebracht.“ Zum Haushalt sagte Matthiesen, dieser werde einer in sich zuspitzenden ökonomischen, sozialen und finanziellen Krise der Bundesrepublik beraten. Er machte keinen Hehl daraus, daß ihn die Gesamtentwicklung tief besorgt mache. Man habe Massenarbeitslosigkeit, Zunahme der illegalen Arbeit und fast sieben Millionen sogenannte 610 DM-Jobs. Auf allen Ebenen der öffentlichen Hände habe man eine zunehmende Zerrüttung der öffentlichen Finanzen. Die Entwicklung der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sei weder zufällig noch naturgegeben. Sie sei das Ergebnis einer Fehlsteuerung der letzten Jahre durch die Bonner Politik. Die Steuermoral in Deutschland sei auf dem Wege, gen null zu gehen. In einem Punkt stimmte der Fraktionschef der CDU zu: „Deutschland braucht eine Steuerreform.“ Es gehe darum, mit einer Steuerreform das Steuerrecht transparenter und einfacher, gerechter und familienfreundlicher zu machen und Steuerprivilegien zu streichen.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, sah eine vielfache, vom Bund verursachte Krise, ausgelöst von 15 Jahren neoliberaler Ellbogenpolitik mit Steigerung der Gewinne und Kapitalflucht, Finanzkrise mit Milliardenbescherungen für Besserverdienende durch Steuerschlupflöcher, mehr als sechs Millionen Erwerbslosen, Rentenkrise und Krise der Hochschulen. Den überwälzten Einnahmeverlusten stehe solide Ausgabendisziplin der rot-grünen Landesregierung gegenüber. Trotz blühender Wirtschaft nähmen Hungersnot und Obdachlosigkeit zu. Zehn Millionen Menschen lebten in Deutschland unter der Armutsgrenze. Noch nie seien das Milliardenloch und das Risiko eines neuen Lochs im Landeshaushalt so groß gewesen, hätten in so kurzer Zeit solche Summen gespart werden müssen. 1998 erwarte NRW 9,93 Milliarden Mark weniger als 1995 absehbar. Eine Reihe sozialverträglicher Einsparungsvorschläge der GRÜNEN sei umgesetzt worden. Linssen habe den Sturzflug der Steinkohlefinanzie-

rung von zehn auf 3,8 Milliarden Mark als tragfähig verkauft und schwinde sich jetzt als Anwalt der Bergleute auf. Rot-grüne Landesregierungen seien ökonomisch besser als ihr Ruf, drei von ihnen zahlten in den Finanzausgleich ein. Sie wollten keinen Dirigismus, sondern ein Umlagefinanzierungssystem. Mit 256 Millionen Abwasserabgabe seien über 6 000 Arbeitsplätze dauerhaft gesichert worden. Das REN-Programm sei erfolgreich. Mit der Solarzellenfabrik in Gelsenkirchen werde ein Viertel der Weltproduktion hergestellt. Die GRÜNEN hätten eine völlig neue Migrationspolitik und vorbildliche Schritte zur Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft durchgesetzt.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) meinte zu den Spekulationen über seine Lebensplanung: „Ich tue nichts und ich unterlasse nichts, weil ich etwas werden will oder weil ich etwas bleiben will, sondern ich tue meine Arbeit, weil ich diesem Land gern diene.“ Wer aus einem freundschaftlichen Gespräch, das über den WDR gelaufen sei, eine Rücktrittsdrohung mache, „der überhöht den Sachverhalt“. Und wer, weil er von „Silberlingen“ spricht, die Bibel nicht als Quelle benutze, sondern als Waffe, „der betreibt Mißbrauch mit ihr“. Überhaupt entdeckte er in den Reden des CDU-Fraktionschefs „keine klare inhaltliche Linie, keine Alternative, keinen schwarzen Faden“. Er frage sich manchmal, wie sich die Opposition in Rage reden würde, wenn es Garzweiler II nicht gäbe. Dort mache Linssen der Regierung und ihm, Rau, schwere Vorwürfe und bringe dafür „keinen einzigen Beleg und keinen einzigen Beweis“. Rau: „Sie setzen an die Stelle der inhaltlichen Auseinandersetzung die persönliche Herabsetzung. Ich werde mich auch in Zukunft nicht daran beteiligen.“ Zum Landeshaushalt führte er aus, die Investitionsquote im Lande sei genauso hoch wie in Baden-Württemberg (das werde aber von der CDU nicht gesagt); sie ignoriere auch, daß Investitionen in Bildung und Forschung nach der Haushaltssystematik als konsumtive Ausgaben gälten. Der Ministerpräsident stellte die Aussagen zur Kriminalitätsentwicklung, zu Neugründungen und zur Geschäftslage von Unternehmen richtig und beklagte, daß zur Zeit noch mehr Arbeitsplätze wegfielen als geschaffen würden. In Bonn, wo die Rahmenbedingungen auch für das Land gesetzt würden, herrsche derzeit eine „merkwürdige Mischung aus Lähmung und Hektik, die wie Blei auf unserem Land lastet. In neun Monaten haben die Bürger die Möglichkeit, sich von dieser Last zu befreien.“

Regierungserklärung:

Kontroverse über Politik für Wissenschaft und Forschung

Die aktuellen Proteste der Studierenden gegen die gegenwärtigen Studienbedingungen an deutschen Hochschulen bildeten den Hintergrund für die Debatte über die Regierungserklärung, die Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) vor dem Plenum am 17. Dezember abgegeben hat. Während sie auf die ungünstigen Rahmenbedingungen in der Bildungspolitik hinwies, die die Bundesregierung zu verantworten habe, qualifizierte die Opposition die Misere als „hausgemacht“.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) erklärte: „Mit ihren Protesten weisen die Studierenden zu Recht auf schwierige Studienbedingungen, auf überfüllte Hörsäle, auf schlecht ausgestattete Bibliotheken oder veraltete Laboreinrichtungen hin. Sie reklamieren Priorität für Bildung und Wissenschaft.“ Da müsse nicht nur geredet, sondern gehandelt werden. Und was tue Bonn? Die Bundesregierung kündige an, sie wolle in der Bildung Prioritäten setzen und Mittel umschichten, „doch das Gegenteil ist eingetreten“. Der Bundes-„Zukunftsminister“ habe seinen Etat in den letzten vier Jahren um 835 Millionen gekürzt. Im Gegensatz zu Bonn habe die Landesregierung nicht nur geredet, sondern weiterhin jede dritte Mark in Bildung und Wissenschaft investiert, Wort gehalten und in den letzten zehn Jahren den Wissenschaftsetat um 45 Prozent angehoben: „Es ist ein Kraftakt, diese kontinuierliche Steigerung bei Wissenschaft und Bildung durchzuhalten.“ In den nächsten Jahren müßten die Länder Einnahmeausfälle von zehn Milliarden Mark verkraften, da hätten sie einfach nicht genug Geld, mehr zu tun, stellte die Ministerin fest: „So lange die Steuerpolitik der Bundesregierung daran nichts ändert, können wir nicht mehr tun, als mit den vorhandenen

Mitteln so sparsam und so effizient wie möglich umzugehen, zu wirtschaften und die richtigen Prioritäten zu setzen.“ Brunn zählte die vielen Initiativen und Programme auf, mit denen im Lande versucht werde, daß gute Hochschulen und ein gutes Bildungssystem weiterhin Garanten für eine gute Zukunft des Landes blieben, und daß die junge Generation auf ihrem Weg in die Zukunft nicht allein gelassen, sondern tatkräftig gefördert werde. Die Ministerin mahnte dringend eine Reform des Bafög an und erteilte nachdrücklich Studiengebühren eine Absage. Im Vergleich zu den Wettbewerbern habe Deutschland nicht zu viele, sondern zu wenige Studierende.

Manfred Kuhmichel (CDU) entgegnete, daß NRW bei den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung im Ländervergleich an letzter Stelle stehe, und daß es die mit Abstand schlechteste Betreuungsrelation aufweise. Die Wissenschaftsministerin betreibe eine Politik des „Vergessens, Verschiebens und Versagens“ und führe die Öffentlichkeit mit der Behauptung vom angeblich steigenden Wissenschaftsetat hinter Licht: Wenn sie auf mehr Geld verweise, verschwiege sie, daß dabei mehr als die Hälfte „vom ungeliebten Bund“ komme. Sie rede auch nicht darüber, daß das Land durch die beklagte Rückläufigkeit bei der Bafög-Mitfinanzierung 100 Millionen einsparen konnte — „wo ist das Geld hingegangen? Ich sage Ihnen, diese stolze Summe wurde unseren Hochschulen ohne Ihren Widerspruch einfach geklaut und woanders verbraten.“ Die Ministerin solle erklären, wie sie konkret gegen die Mängel an den Hochschulen vorgehen wolle, was sie von der Aktionspartnerschaft von Bund, Ländern und Hochschulen zur Verbesserung der Hochschulsituation halte, was sie von einer Umschichtung in den Ländern zugunsten der Hochschulen halte und wie sie sich zu einer Erweiterung der öffentlichen Bildungsfinanzierung durch einen nationalen Pakt gemeinsam mit der Wirtschaft stelle.

Dietrich Kessel (SPD) meinte, die Studenten hätten mit ihren Demonstrationen öffentliche Aufmerksamkeit für die Situation der Hochschulen erreicht. Kaum jemand habe ihren Forderungen nach mehr Mitteln widersprochen. Nun seien Entscheidungen im Bund und in den Ländern fällig. Ein Biblio-

theksprogramm sei keine ernstzunehmende Antwort. Der Hochschulbau sei dem Bund nur 1,8 statt 2,9 Milliarden Mark wert. Die NRW-Koalition lehne Studiengebühren ab, ebenso der Bundesbildungsminister und die CDU-Fraktion. Studiengebühren würden Elternhäuser mit kleineren Einkommen erheblich belasten. NRW solle sich die bestmögliche Ausbildung für alle jungen Menschen leisten. Das Drei-Körbe-Modell der Ministerin zur BAFÖG-Reform stoppe die weitere Aushöhlung. Zusätzliche Initiativen zum Hochschulbau, festgesetzte Gebührenfreiheit und die Neuordnung der Studienfinanzierung seien wesentliche Voraussetzungen für ernsthafte Bemühungen. Das Innenleben der Hochschulen sei ebenfalls neu zu ordnen. Optimale Nutzung öffentlicher Mittel sei nicht allein vom Staat zu verantworten. Die Hochschulen, alle Hochschullehrer seien selbst auch in der Pflicht, Forschung und Lehre zu profilieren. Die SPD-Fraktion werde sich der Strukturdebatte stellen.

Ingrid Fitzek (GRÜNE) sagte, mehr als vom Wirtschaftsstandort hänge die Perspektive unserer Gesellschaft von Bildung und Wissenschaft ab. Chronische Finanznot, Raum-mangel, unzureichende Personal- und Sachausstattung würden beklagt, aber auch mangelnde Mitbestimmung. Allein in NRW fehlten im nächsten Jahr durch den ruinösen Sparkurs der Bundesregierung zwei Milliarden Mark. NRW sei mit einem Viertel aller Studierenden Bildungsland Nummer Eins. Wer Bildung nur den Vermögenden einer Elite zugänglich machen wolle, zerstöre die sozialen und kulturellen Grundlagen. Immenser Investitionsstau werde verschoben. Der Bund zahle zu wenig für den Hochschulbau. Bei Großgeräten könne nur die Hälfte des Bedarfs angeschafft werden. Der Druck auf den Bund müsse erhöht werden. Das Land steigere seine Mittel für Lehre und Forschung auf 484 Millionen Mark. In NRW erhielten nur noch 19,5 Prozent der Studierenden BAFÖG. 69 Prozent seien erwerbstätig. Die GRÜNEN hätten ein neues, genossenschaftlich orientiertes Modell zur Auszubildungsförderung entwickelt, wonach elternunabhängig jeder Studierende 1050 Mark im Monat zuzüglich Wohngeld zwölf Semester lang ohne drohenden Schuldenberg erhalten sollten. Regelstudienzeit und Zwischenprüfungen hätten eher negative Konsequenzen für BAFÖG-Empfänger. Die Einführung von verfaßter Studierendenschaft nur als Kann-Vorschrift sei nicht vorgesehen. Das positive Bildungsinteresse vieler junger Menschen weise auf eine zukunftsorientierte Gesellschaft hin. Die Hochschulen sollten als demokratischer Mikrokosmos gestärkt und ihre Kompetenz verbessert werden. Viele Reformen könnten die Hochschulen auch selbst tun. Das sollten sie wahrnehmen.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) erwiderte, die Länder trügen nicht 90, sondern inzwischen 95 Prozent der Finanzlast der Hochschulen. Die NRW-Hochschulen betreuten im Bundesvergleich mehr Studierende mit weniger Personal, verzeichneten aber pro Kopf der Bevölkerung die höchste Studierendenzahl. Kein anderes Land habe eine Fernuniversität und die am weitesten differenzierte Hochschullandschaft. Das komische Bibliotheksprogramm sei ein ungedeckter Scheck des Bundes. NRW habe 1997 80 Millionen Mark regulär und noch einmal vier aus dem Sonderprogramm für Bibliotheken ausgegeben.



Den neuen CDU-Abgeordneten Hans-Martin Schlebusch aus Mülheim an der Ruhr (l.) hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt vor der Plenarsitzung am 17. Dezember verpflichtet. Er ist Nachfolger des aus dem Parlament ausgeschiedenen Karl Meulenbergh. Foto: Schälte

Landtag setzte 2.Lesung zum Haushaltsgesetz 1998 fort

In allen Ressorts Zwang zum Sparen

Der Landtag hat am Donnerstag, 11. Dezember die 2. Lesung des Haushaltsgesetzes 1998 im Entwurf der Landesregierung und nach der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses fortgesetzt und abgeschlossen. Wie bereits berichtet, stimmte das Parlament mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN zu. Einbezogen in die Beratung war auch das Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 (Drs. 12/2400; 2601 bis 2616 sowie 2402, 2580 und 2617).

Ministerium für Schule und Weiterbildung

Um Qualitätsentwicklung ging es bei der Debatte über den Haushalt des Schul- und Weiterbildungsministeriums. Doch wie auch bei den anderen Ressorts machte sich der Zwang zum Sparen bemerkbar.

Bernhard Recker (CDU) erklärte, Ausgaben für Schule und Bildung, auch bei den Personalkosten, seien letztlich Ausgaben im investiven Bereich. Es gehe dabei in der Tat um dringend notwendige Investitionen in die Zukunft und für die Zukunft junger Menschen. Wer mit offenen Augen in die Schullandschaft schaue, der komme nicht an der Erkenntnis vorbei, daß die Hauptprobleme der Schulen nicht irgendwelche Strukturfragen oder andere Inhalte der Denkschrift seien, sondern insgesamt das Alltagsgeschäft. Und da habe man nun einmal sehr viele Schulen mit einem zum Teil eklatanten Unterrichtsausfall. Zum Konzept der Ministerin zur Unterrichtsversorgung sagte Recker, zu Recht befürchteten die Betroffenen, daß der Einsatz der Referendare, wie jetzt geplant, auf Kosten der Qualität des Unterrichts gehe. Große Probleme werde es insbesondere in der Grundschule geben.

Manfred Degen (SPD) betonte, es sei und bleibe Aufgabe, bei steigenden Schülerzahlen den Unterricht trotz sinkender Einnahmen längerfristig und verlässlich abzusichern. Mit dem Konzept zur mittelfristigen Sicherung des Unterrichtsbedarfs habe man sich ein Instrumentarium geschaffen, das diesen Anforderungen gerecht werde. Dieses Konzept zeichne sich dadurch aus, daß es im Dialog mit den Lehrerverbänden erarbeitet worden sei, wenn es auch nicht im Einvernehmen mit diesen beschlossen worden sei. Im Gegensatz zu vielen pauschalen Maßnahmen in anderen Bundesländern handle es sich in NRW um ein differenziertes Konzept aus Pflichtstundenerhöhung, sogenannten Vorgriffstunden, geringen Kürzungen der Stundentafel und aus dem 1998 beginnenden bedarfsdeckenden Unterricht von Lehramtsanwärtern. Zu den Neueinstellungen sagte Degen, zur Zeit würden in NRW 30 Prozent aller Neueinstellungen im Schulbereich vollzogen.

Brigitte Schumann (GRÜNE) unterstrich, der Bund stranguliere die Landeshaushalte



Sicherung des Unterrichts in den Schulen des Landes: v.l.: Bernhard Recker (CDU), Manfred Degen (SPD), Brigitte Schumann (GRÜNE) und Schulministerin Gabriele Behler (SPD).
Fotos: Schälte

und zwingt systematisch zu Einsparungen auch in den Kernbereichen, die den Bündnisgrünen wichtig seien, nämlich in der Bildung. Eine der unausweichlichen Folgen sei die Entscheidung gewesen, das mittelfristige Konzept zur Unterrichtsversorgung zu beschließen. Niemand habe diese Operation gerne gemacht. Sie sei schmerzhaft und bleibe eine Notmaßnahme. Es gebe Licht und Schatten im Haushalt. Sie habe sich über jede positive Bewegung gefreut, sagte Frau Schumann und nannte die 150 000 Mark für Gedenkstättenarbeit. Sie ging dann auf den Schatten ein. Daß es nicht gelungen sei, 100 Stellen aus dem Zeitbudget für den gemeinsamen Unterricht zu bekommen, sei nicht akzeptabel. Sie sprach von einem Verteilungskampf vor Ort zwischen den Sonderschulen und den Grundschulen. Die 100 Stellen für die Verbesserung der Situation an den Grundschulen wäre schon ein gutes und richtiges und wichtiges Signal gewesen.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) sagte, die CDU stelle die Maßnahme eines sehr maßvollen Einbezugs von Referendarinnen und Referendaren, die, im Gegensatz zu manchen Ländern, in NRW zum Beispiel eine zweijährige Ausbildung durchliefen, eine halbjährige Einführung hätten und dann nach dem halben Jahr zu einem kleineren Teil selbständigen Unterricht erteilten, der dann wiederum bedarfsdeckend gerechnet werde, als Qualitätsminderung dar. Da wundere sie sich doch, daß von der CDU vorgeschlagen worden sei, zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in NRW ehrenamtliches Personal einzustellen und ehrenamtlichen Unterricht vorzusehen. Man könne aber nicht auf der einen Seite sagen, daß Personen mit einer abgeschlossenen universitären Ausbildung, einer weiteren halbjährigen Hinführung, einer Betreuung durch Fachleiter zu einer Qualitätsminderung in Schulen führten und auf der anderen Seite sagen, man solle doch bitte ehrenamtliches Personal in die Schule holen. Das seien nämlich Leute, die überhaupt keine pädagogische Ausbildung hätten. Das passe nicht zusammen.

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, als Herausgeber sowie die Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr 1998.

Wissenschaft und Forschung

Die Proteste der Studierenden haben die Aufmerksamkeit für Wissenschaft und Forschung verstärkt. Das wurde auch bei der Aussprache über den Etat der Wissenschaftsministerin deutlich, der in 2. Lesung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN verabschiedet wurde.

Manfred Kuhmichel (CDU) sagte, der Wissenschaftshaushalt für das Jahr 1998 ignoriere erneut in unverantwortlicher Weise die berechtigten Forderungen und Proteste der Lehrenden und Lernenden an den NRW-Hochschulen. Er sei das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt stehe. Für die heutige Situation an den Hochschulen des Landes sei eine massive Überfüllung in vielen Fachbereichen kennzeichnend. Sie sei verbunden mit einer Verschlechterung der Betreuungssituation, zahlreichen Zugangsbeschränkungen, künftig weiter steigenden Studentenzahlen bei gleichzeitig stagnierenden Hochschulabschlüssen sowie hohen Abbrecherquoten und langen Studienzeiten. Diese äußerst mißliche Situation habe die CDU seit mehr als zehn Jahren immer wieder problematisiert. „Unsere seriös begründeten und finanzierbaren Vorschläge wurden samt und sonders vom Tisch gefegt.“

Dietrich Kessel (SPD) sagte, die Zukunft des Landes sichern, heiße zuallererst, in die Qualifizierung, in die Ausbildung und in das Studium junger Menschen, in Wissenschaft und Forschung zu investieren. Politiker würden nicht müde, gerade diese Einsicht immer wieder zu betonen. Nur: Wenn es um Entscheidungen zur Verwendung von Steuergeldern für die staatlichen Aufgaben gehe, komme diese Einsicht nicht immer in ausreichendem Maße zur Geltung. Nach den Beschlüssen der Koalitionsfraktionen stünden dem Wissenschaftshaushalt 1998 rund 180 Millionen Mark mehr zur Verfügung als in diesem Jahr. Das entspreche einer Steigerungsrate von gut zwei Prozent. Wie in den zurückliegenden Haushaltsjahren, liege diese Rate erheblich über der Steigerungsrate des Gesamthaushalts. Das belege erneut den hohen Stellenwert, den Wissenschaft und Forschung in NRW hätten.

Ingrid Fitzek (GRÜNE) betonte, die öffentliche Aufmerksamkeit für die Themen Bildung und Wissenschaft sei in den letzten Wochen deutlich gestiegen. Dazu hätten

neben der vielbeachteten Rede des Bundespräsidenten vor allem die vielfältigen Protestaktionen der Studierenden beigetragen. Die Finanzen seien für den Wissenschafts- und Hochschulbereich nicht alles. Strukturelle Maßnahmen seien ebenso wichtig. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen sei das Geld aber ein wesentlicher Indikator für die Prioritätensetzung der Politik. Denn ohne Geld sei alles nichts. Die Abgeordnete hielt dem Bund vor, durch seine ruinöse Steuerpolitik trockne er die finanziellen Spielräume für den Wissenschaftsbereich aus. Habe er Anfang der 70er Jahre noch 15 Prozent der Ausgaben im Hochschul- und Wissenschaftsbereich getragen, trage er heute nur noch fünf Prozent.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) erklärte, sie erkenne durchaus an, daß der Zukunftsminister, wie er sich in Bonn gern nennen lasse, vieles Richtige angekündigt habe, daß er sich vielleicht sogar bemüht habe; aber er habe es leider nicht durchgesetzt, und das sei das Problem, „das auch bei uns mit deutlich wird“. Herr



Rüttgers habe, seit er 1994 als Zukunftsminister gestartet sei, heute 835 Millionen Mark weniger für Bildung und Forschung in seinem Haushalt. Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen habe im gleichen Zeitraum seine Mittel um 535 Millionen Mark gesteigert. „In dieser Klemme befinden wir uns: daß wir dauernd ausfallende Bundesmittel kompensieren müssen, was wir eigentlich nicht können“, sagte die Ministerin. Das sei kein Schwarzer-Peter-Spiel; das seien schlicht und einfach Zahlen, schwarz auf weiß.

Umwelt und Raumordnung

Der Einzelplan 10 des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wurde in zwei Blöcken vom Plenum erörtert und in zweiter Lesung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen. Bei der Debatte spielten eine besondere Rolle die vorgesehenen zusätzlichen zwei Millionen Mark zur Beschleunigung der wasserrechtlichen Genehmigung von Garzweiler II und die angebliche Rücktrittsdrohung von Ministerpräsident Johannes Rau für den Fall, daß an die Verabschiedung dieser Mittel Bedingungen geknüpft würden.

Werner Stump (CDU) warf der Koalition vor, in zweieinhalb Jahren ihres Bestehens habe sie umweltpolitisch nichts bewirkt, allenfalls umweltpolitische Kampagnen angekündigt. Stillstand und Konzeptionslosigkeit herrschten bei Ozonkampagne, Elektromog, Bodenschutz, Landesabfallnovelle, Altlasten, Abwasser und Hochwasser-

schutz. Stump: „Die Bilanz der rot-grünen Koalition ist mager und versetzt das Land in einen Zustand der Lähmung“. Bei allen Zielkonflikten tauche der Ministerpräsident weg, so in Sachen Garzweiler II, wo sich die SPD endlich für die betroffenen Bergleute einsetzen solle.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) sagte zu Garzweiler: „Wir werden einen klaren Kurs und Verlässlichkeit sicherstellen.“ Das gesamte Verfahren zum Tagebau finde nach Recht und Gesetz zügig statt. Der Umweltetat bestehe aber nicht allein aus Garzweiler, betonte er. In diesem Bereich habe die SPD zu einer modernen Umweltpolitik die Grundlage gelegt, die integrativ und auf Konsens angelegt sei und sich zwischen

Ihr Themenbogen reichte vom Naturschutz und Waldschäden über die Einkommenssituation in der Landwirtschaft bis hin zu Nahrungsmittelpreisen und Personalien (v.l.): Heinrich Kruse (CDU), Horst Steinkühler (SPD), Silke Mackenthun und Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (beide GRÜNE). Fotos: Schälte



den beiden Strömungen bewege, die Umweltschutz entweder als Luxus über Bord werfen möchte oder nur dann gutheiße, wenn er „wehtue“.

Gerd Mai (GRÜNE) erklärte zu Garzweiler, die offenen Fragen zum Wasser- und Naturlandwirtschaft müßten in bezug auf die wasserrechtliche Erlaubnis abgearbeitet werden — auch dies ohne politische Einflußnahme, wie er unterstrich. Zur Umweltpolitik meinte er, sie sei kein Risiko für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstandort, sondern vielmehr ein starker Modernisierungsmotor, dessen Potential es auszubauen gelte. Zu den freiwilligen Umweltschutzvereinbarungen mit der Wirtschaft führte Mai aus, hier habe sich die zuständige Ministerin sehr kooperativ gezeigt, „nur auf seiten der Wirtschaft hakt es“.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) war anderer Auffassung als die Opposition: In zweieinhalb Jahren sei man einen großen Schritt weiter in der ökologischen Modernisierung des Landes und im Strukturwandel zu einer vorsorgenden Umweltpolitik. Die zusätzlichen zwei Millionen für Garzweiler-Untersuchungen hätten „sehr einfache und gänzlich unaufgeregte Gründe“. Höhn: „Wir alle miteinander wollen, daß die Genehmigungsverfahren für Garzweiler II zügig und sorgfältig durchgeführt werden.“ Niemand könne wollen, daß wegen fehlender Haushaltsmittel es zu einer Verzögerung komme. In der Umweltpolitik habe man ein großes Feld, „auf dem wir arbeiten. Wir sind sehr erfolgreich“.

Hans Peter Lindlar (CDU) kritisierte Versäumnisse in der Hochwasserschutzpolitik

und bei der Novellierung des Landesabfallgesetzes. Die Ministerin solle erklären, wie es mit der wasserrechtlichen Genehmigung weitergehe und endlich eine Zeitvorstellung erkennen lassen. Sonst werde die SPD von der Ministerin am Nasenring herumgeführt und verhöhnt, meinte er.

Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionsvorsitzender, zeigte sich überzeugt, daß der Zeitplan unter rein sachlichen Gesichtspunkten eingehalten werden könne und es nicht zu Verzögerungen kommen müsse. Er hoffe, daß darüber zwischen allen Beteiligten Klarheit bestehe.

Gerd Mai (GRÜNE) ergänzte, das Verfahren werde so ablaufen, „wie es die zu ständigen Behörden in ihren Bescheiden festlegen“. Zuständig seien das Bergamt Düren, das Landesoberbergamt und, wie er ausdrücklich erwähnte, die oberste Wasserbehörde als Fachaufsicht.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, wollte wissen, was stimmt: Die Auffassung von grüner Seite, daß es noch offene Fragen gebe oder die Überzeugung der SPD, daß es offene Fragen eben nicht mehr gebe. Wie Matthiesen sei er der Meinung, die Gemeinschaftlichkeit oder Gemein-schädlichkeit des Verfahrens sei endgültig beschieden, wenn der Rahmenbetriebsplan genehmigt werde. Durch weitere zwei Millionen seien die Gesetze der Logik nicht außer Kraft zu setzen. Hier werde „Schmiergeld für den weiteren Erhalt der Koalition gezahlt“.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) teilte mit, der Zeitpunkt werde nicht von der Opposition festgelegt, sondern dann, wenn die Fragen geklärt sind, die in diesem Verfahren eine Rolle spielen. Sie teilte mit, das Unternehmen Rheinbraun habe eine wasserrechtliche Genehmigung für Garzweiler I und den umliegenden Bereich, die bis zum Jahr 2010 gelte. Von daher sehe sie keine Probleme bei den betrieblichen Belangen.

Klaus Matthiesen (SPD) wies die Formulierung „Schmiergeld“ als unerträgliche Unterstellung zurück. Das Parlament sei befugt, sich mit aktuellen Fragen der Landespolitik zu beschäftigen, etwas anderes sei es, „wenn wir uns an die Stelle der handelnden Verwaltung setzen“. Es sei darum legitim, daß die SPD-Fraktion von der Landesregierung verlange, daß der zuständige Umweltausschuß ständig über die Gutachtenergebnisse im Rahmen des wasserrechtlichen Verfahrens unterrichtet werde.

Laurenz Meyer (CDU) erwähnte, der Ministerpräsident habe für den Fall mit seinem Rücktritt gedroht, „daß die Kollegen nicht mehr spüren“. Damit sei dem Ministerpräsidenten der Erhalt der Koalition wichtiger als Garzweiler II. Die Umweltministerin sollte sich schämen zu behaupten, sie wolle das Verfahren beschleunigen. Der Landeswirtschaftsminister bemühe sich, mit der „Überhöhung“ dieser Erlaubnis den GRÜNEN die Chance zu geben, über ihren nächsten landespolitischen Parteitag zu kommen. So würden zwei Millionen aus der Tasche des Steuerzahlers benutzt, „in einer so wichtigen Angelegenheit einen ganzen Parteitag zu kaufen“.

Klaus Matthiesen (SPD) stellte fest, der Ministerpräsident habe immer an der Seite der

Bergleute in der Stein- und Braunkohle gestanden; daran gebe es überhaupt keinen Zweifel. Wenn das Wort davon, daß der Koalitionserhalt wichtiger sei als Garzweiler II, nicht zurückgenommen werde, dann „sind Sie in meinen Augen ein politisch motivierter Rufmörder“.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) wiederholte: „Rheinbraun hat schon jetzt eine wasserrechtliche Erlaubnis, die aus der Genehmigung von Garzweiler 1 resultiert und bis ins Jahr 2010 reicht. Das bedeutet: Rheinbraun ist bis zum Jahre 2010 alles gestattet, was mit einer wasserrechtlichen Erlaubnis verbunden ist“. Einen Grund sich zu schämen habe sie nicht, denn es gehe um die korrekte Abwicklung eines Verfahrens. Dem Oppositionsführer werde es nicht gelingen, die Bergleute gegen die Landesregierung „aufzuhetzen“.

Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Heinrich Kruse (CDU) attestierte der Landwirtschaftsministerin, ihre Politik stoße im Lande auf weitverbreiteten Unmut, „ja sogar Empörung“. So habe sie sich bei der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie „eiskalt“ über die Köpfe der Landwirte und Grundstückseigentümer hinweggesetzt. Der Abgeordnete erwähnte weitere Beispiele und hielt der SPD vor, sie habe sich aus dem gesamten Feld Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz ausgeklinkt und überlasse den grünen Sprechern das Feld. Auch in der Personalpolitik übertreffe die GRÜNE Ministerin schon die SPD im Lande, indem sie versuche, „einen Starkstromelektriker, der für die GRÜNEN im niedersächsischen Landtag saß, zum Leiter des Landesamtes für Ernährung zu machen“. Ein weiterer Fall sei die von der Ministerin abgelehnte Bestätigung des einstimmig gewählten neuen Präsidenten der westfälisch-lippischen Landwirtschaftskammer. Kruse forderte den Ministerpräsidenten auf, das „unwürdige Vorgehen der Ministerin“ zu beenden.

Horst Steinkühler (SPD) bedauerte die Kürzungen des Bundes bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, die im Bereich der Dorferneuerung spürbare Auswirkungen gehabt habe. Dennoch bitte seine Fraktion die Landesregierung zu prüfen, „ob nicht eine Ausweitung der Fördertatbestände möglich und angezeigt erscheint“. Damit rede er nicht einer Erhöhung der Mittel das Wort, sondern rate zu einem Überdenken der restriktiven Förderung durch die Landesrichtlinien. Er setzte sich für die Ansiedlung eines Zellstoffwerks für die Verwertung des reichlich im Lande anfallenden Schwachholzes ein, wobei der Aufbau einer leistungsfähigen und belastbaren Lieferorganisation zu prüfen wäre.

Silke Mackenthun (GRÜNE) urteilte angesichts des Rückgangs der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe: „Der Kampf um die letzte Mark hat endgültig begonnen.“ Im Lande sei es Aufgabe, dennoch eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes zu ermöglichen. Das heiße, möglichst allen Betrieben eine Chance zur Existenz einzuräumen und der Verbrauchernachfrage



Stadterneuerung im Strukturwandel: v. l. Gerhard Wächter (CDU), Ellen Werthmann (SPD), Dorothea Reeder (GRÜNE) und Stadterneuerungsministerin Ilse Brusis (SPD).
Fotos: Schälte

nach ökologischen Dienstleistungen nachzukommen. Zunehmend gewannen regionale Märkte an Bedeutung. Angesichts der rasanten Bonner „Talfahrt“ der zur Verfügung gestellten Mittel sei sie der Meinung, daß „noch ein passabler Haushaltsentwurf gelungen ist“.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) sagte, die Zahlen sprächen gegen die Behauptung der Opposition, den Bauern im Lande ginge es schlecht: Gewinnsteigerung in ihrem ersten Amtsjahr 13,6, im zweiten eine weitere Steigerung von 11,4 Prozent — „das finde ich sehr beachtlich“. Die Bauern seien wieder gewillt, kräftig zu investieren. Die Programme „Ökologischer Landbau“ und „Regionale Vermarktung“ würden immer mehr angenommen. Der Verbraucherschutz werde vorangebracht. Beim Naturschutz werde der landesweite Biotopverbund weiter verfolgt, Schutzgebiete würden gesichert, Kulturlandschaftsprogramme gefördert. Und was die naturnahe und nachhaltige Forstwirtschaft angehe, könne man auch da zufrieden sein. Alles in allem seien in allen drei Bereichen gute Programme aufgelegt worden, „die zunehmend funktionieren und angenommen werden“.

Eckhard Uhlenberg (CDU) sah die Sache konträr; der Etat sei dazu angetan, „daß der Agrarstandort Nordrhein-Westfalen im europäischen Wettbewerb zurückfällt.“ Die Ministerin und ihr Staatssekretär sollten sich auf einer vermeintlichen Insel der Glückseligkeit ideologisch austoben, „sondern wir brauchen hier eine leistungsfähige Landwirtschaft, die nicht zu einer Museumslandwirtschaft verkommt.“

Irmgard Schmid (SPD) erklärte für die SPD-Fraktion, intensive und extensive Landwirtschaft würden beide gebraucht. Darüber entschieden die Landwirte, die sich nichts „überstülpen“ ließen, was sie nicht wollten. Für die Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln aus der Region müßten die Verbraucher etwas mehr Geld hinlegen — die Bereitschaft dazu seien aber oft nicht mehr als Lippenbekenntnisse, fürchtete sie.

Silke Mackenthun (GRÜNE) zeigte sich optimistisch, daß die Gespräche über die Besetzung der Kammerspitze bald zu einem Kompromiß führen werden. Der Haushalt sei Ausdruck dessen, daß die Koalition versuche, die Landwirte wieder mit dem freien Markt vertraut zu machen.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) erinnerte an die Konstruktion der Kammern: Von unten selbstverwaltet, von oben hoheitliche Aufgabe. Darum habe man sich darauf geei-

nigt, daß sich Land und Landwirtschaft miteinander arrangieren. Schließlich sei es so, daß das Land die Kammern bis zu 70 Prozent finanziere.

Clemens Pick (CDU) forderte für die privaten und kommunalen Waldbesitzer mehr Mittel für den Kampf gegen Waldschäden und lehnte weitere Belastungen durch die geplante Entgelteordnung ab. Er begrüßte die Pläne zur Schwachholzvermarktung durch die Zellstoffindustrie.

Horst Steinkühler (SPD) erinnerte in diesem Zusammenhang an die Zusage aus dem MURL, daß durch die neue Entgelteordnung es für den privaten Waldbesitzer nicht teurer werde. Im übrigen seien dazu die Ausschußberatungen abzuwarten.

Silke Mackenthun (GRÜNE) stellte klar, Zellstoff sei nur eine der Möglichkeiten zur Vermarktung von Schwachholz. Die Prüfungsphase laufe noch; es wäre sehr „trügerisch“ zu glauben, daß „das Ding“ tatsächlich komme.

Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Leistungskataloge

Drei Themenkomplexe — Stadtentwicklung, Kultur und Sport — wurden beim Einzelplan 15 beraten, der mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN Zustimmung erhielt. Beim ersten Punkt wandte sich das Plenum der Weiterentwicklung von Städten und Gemeinden zu.

Gerhard Wächter (CDU) wies darauf hin, der Bereich Stadterneuerung und Stadtverkehr sei mit 386,6 Millionen Mark von der Gesamtsumme von 738 Millionen Mark der größte Etatposten im Einzelplan 15. Die Vorrangstellung sei richtig und notwendig, denn man habe sowohl im Individualverkehr wie auch im Güterverkehr dramatisch zunehmende Zahlen. Zur autofreien Innenstadt meinte Wächter, das sei und müsse Utopie bleiben. Man brauche ganz andere Lösungen, die zu autoärmeren Innenstädten führten mit dem Ziel, die Lebens-, Arbeits- und Standortqualität durch eine leistungsfähige und zugleich umweltverträgliche Verkehrsinfrastruktur zu verbessern. Möglich sei dies aber nur mit einem Konzept mit eindeutiger Ressortzuständigkeit. Die Frage, warum Stadtverkehr und kommunaler Straßenbau nicht dem Verkehrsministerium zugeordnet seien, sei nach wie vor nicht zu verstehen, schon gar nicht im Verbund mit Kultur und Sport.

Ellen Werthmann (SPD) erklärte: „Mit unserer Stadterneuerungspolitik begleiten und fördern wir auch künftig den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen.“ Die Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie zeige sich in der Förderung von Projekten zur Wiedernutzung von Brachflächen, auch durch Gewerbe und Industrie, durch die Sicherung gewerblicher Standorte in Gemengelage und die Verknüpfung von Stadterneuerungsmaßnahmen mit Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Zur Stadtentwicklungspolitik sagte Frau Werthmann, während dies in anderen Ländern als eine zentrale Aufgabe des Staates gesehen werde, sei Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland in der Bundesrepublik, das solche Projekte wie die Stadteilerneuerungsprogramme durchführe. Man bemühe sich, 25 schwierige Stadtteile zu stabilisieren.

Dorothea Reeder (GRÜNE) sagte, um der Zerfaserung von Städten und der Zersiedlung von Landschaften entgegenzuwirken, um soziale Spannungen und die Ghettoisierung ganzer Bevölkerungsschichten abzubauen, brauche man geeignete Instrumente, um die Zentren zu beleben, kulturelle Aktivitäten zu stärken und Zukunftsstandorte zu schaffen, wo Wohnen, Arbeit und Freizeit Hand in Hand gingen. Ein solches Instrument sei zum Beispiel der Einzelhandelserlaß. Man dürfe nicht hinnehmen, daß die Innenstädte verödeten, während auf der grünen Wiese die Einkaufszentren wie Pilze aus dem Boden schössen, Verkehrsströme anzögen und den weniger Privilegierten die Tür wiesen. Damit die Kommunen im Einklang mit den Nachbargemeinden diese Entwicklung lenken könnten, stelle man im Haushalt Mittel für Stadt- und Regionalmarketing bereit.

Stadtentwicklungsministerin Ilse Brusis (SPD) unterstrich, mit den investiven Mitteln ihres Hauses für die Stadterneuerung, für den Stadtverkehr, die Denkmalpflege, den Museums-, Kultur- und Sportstättenbau habe man in diesem Jahr mehr als 16 Prozent aller Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt im Bau- und Ausbaugewerbe des Landes gesichert. In diese Zahlen seien noch nicht eingerechnet die kombinierten Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Stadterneuerung. Erst kürzlich habe man durch die Einbeziehung von Sozialhilfeempfängern ein für die Städte und Gemeinden interessantes, zusätzliche Förderangebot geschaffen, aktive Arbeitsmarktpolitik zugunsten Langzeitar-

beitsloser mit wichtigen städtebaulichen Maßnahmen zu verbinden. In der Stadtentwicklungspolitik sei man zur Zeit mitten in einer Standort- und Innovationsoffensive, die bundesweit einmalig sei.

Kultur

Um den Bestand von Theatern und Orchestern, um regionale Kulturpolitik und Kulturkonzepte ging es bei der Beratung des Bereichs „Kultur“ des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport.

Richard Blömer (CDU) betonte, im Landtag habe man eine neue Zeiteinheit eingeführt: 1 Rau. Das sei die Zeit, die zwischen der Ablehnung der CDU-Anträge im Kulturausschuß und der Wiederaufnahme der CDU-Initiativen bei den Haushaltsplanberatungen durch die Koalitionsfraktionen liege. Man habe sich aber gefragt, welche Motive sich hinter diesem Handeln der Koalition verbergen würden. Seines Erachtens liege die Antwort auf der Hand: Die Koalition habe sich letztendlich dem Druck der CDU, dem Druck der Verbände und der Betroffenen beugen müssen, die kein Verständnis mehr dafür aufbrächten, daß die Förderpolitik der Landesregierung neue Handlungsfelder erschließe, die breite Kulturarbeit aber vernachlässige.

Manfred Böcker (SPD) meinte, die Kulturpolitik des Landes werde 1998 erneut ihren Beitrag dazu leisten, daß Kultur für viele erfahrbar bleibe, und zwar sowohl in den klassischen Bereichen der Theater, der Musik, der bildenden Kunst und der Literatur als auch in ihren sonstigen vielseitigen bunten Facetten. Man wisse, daß die Enge der Finanzen alle drücke. Man habe den Eindruck gewonnen, daß das Potential an Kreativität und Engagement aber ungebrochen sei. Er freue sich, wenn er feststellen könne, daß unter engeren Finanzrahmenbedingungen die Lust an Kultur nicht nachlasse. Zur regionalen Kulturpolitik und ersten Foren in Coesfeld, Rheda-Wiedenbrück, Kevelaer oder Hagen könne erste Bilanz gezogen werden. „Wir können sagen: Die Idee trägt, und die Betroffenen sind engagiert“, betonte der Abgeordnete.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) sagte, sie sei mit dem ausgehandelten Kulturetat zufrieden. Die Koalitionsfraktionen hätten den Haushaltsentwurf im Bereich Kultur für das Jahr 1998 insgesamt um 3,67 Millionen Mark erhöht. Dies sei in der Tat ein kulturpo-

litisches Signal, das deutlich mache, welchen wichtigen Stellenwert die Kultur für Rot-Grün einnehme. Man habe versucht, der Koalitionsvereinbarung gerecht zu werden und die freie Kulturszene, die Soziokultur, Frauenkunst und Frauenkultur intensiv zu fördern. Dem habe man Rechnung getragen, indem man den Ansatz für Frauenkultur um 150 000 Mark auf eine halbe Million Mark angehoben habe... Außerdem sei mit einer Aufstockung um 100 000 Mark für die Frauenfilmfestivals „feminale“ und „femme totale“ ein für die Frauenkultur wichtiger Bereich gestärkt. Frau Herrmann wies ferner darauf hin, daß man sich erfolgreich dafür eingesetzt habe, die vorgezogene Mittelkürzung von zwei Millionen Mark bei den Bibliotheken zu verhindern.

Kulturministerin Ilse Brusis (SPD) erläuterte, die Finanzsituation sei trotz schmerzlicher und einschneidender Kürzungen insgesamt noch stabil. Der Regierungsentwurf sehe insgesamt 230,2 Millionen Mark für die Kulturarbeit vor. Dies sei gegenüber 1997 nur ein Minus von 3,1 Millionen Mark bzw. 1,75 Prozent. Große Sorgen machten ihr die Kürzungen im politisch sensiblen und vielschichtigen Politikfeld Denkmalpflege. Sie hätten die Grenze des Verantwortbaren erreicht. Trotz der schwierigen Haushaltslage sei ein angemessener Etatansatz unverzichtbar. Kurz- und mittelfristig müsse man eine Rückkehr auf die Ansätze der Vorjahre anstreben, da Restaurierungsmaßnahmen nur bedingt aufschiebbar seien. Die Verstärkung der Mittel für die allgemeine Kulturförderung — der sogenannte Feuerwehrfonds — werde in erster Linie der freien Kulturarbeit, dem Neuen, dem Experimentellen zugute kommen.

Sport

Breitensport und Sport in der Schule sind notwendig. Aber auch bei sportlichen Großveranstaltungen darf nach Auffassung der Politik NRW nicht hintanstehen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) meinte, wenn in diesem Land Sport noch einen Namen habe, dann sei das nicht Verdienst der Landesregierung, geschweige denn des Sportministeriums. Es sei das Verdienst der Vereine, Verbände mit ihren Tausenden von ehrenamtlichen Mitarbeitern. Es sei an der Zeit, daß die Vereine endlich im finanziellen Verteilungskampf ihre Stimme erheben. Sie hätten viel zu lange ihr Licht unter den



Ob vom Land zu verantwortlich, wie von CDU-Redner Albert Leifert (l.) behauptet, oder vom Bund, wie SPD- und GRÜNE-Sprecher Jürgen Thulke (2. v. l.) und Ewald Groth (3. v. l.) meinten: Die Kommunen müssen „sparen, sparen, sparen“. Rechts Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD).
Fotos: Schälte

Scheffel gestellt. Wenn in diesem Land Sport noch einen Namen habe, sei das auch das Verdienst des Landessportbundes, zu dessen Anhängsel, so habe sie jedenfalls den Eindruck, das Ministerium inzwischen verkommen sei. Sie habe schon überlegt, „ob wir es nicht auflösen können“, sagte Frau Schrapf.

Dr. Hans Kraft (SPD) bekräftigte, bei den Sportstätten würden die Verpflichtungsermächtigungen um 1,5 Millionen Mark gegen die gesamte Haushaltssystematik angehoben. Das sei ein Riesenerfolg. Ferner seien Mittel für den Bereich Mädchen und Frauen im Sport erhöht worden. Der Abgeordnete betonte, Breitensport sei richtig, aber auch bei Leistungssport und Großereignissen im Sport „müssen wir Sportland bleiben“. Er denke zum Beispiel an Veranstaltungen wie die Ruderweltmeisterschaften in Köln oder das Engagement bei den Weltspielen. Das Ehrenamt werde gestärkt, weil man bei den Übungsleitern nicht kürze. Die 23 Millionen Mark blieben dort stehen. Auch die weiteren zwei Millionen Mark im Gemeindefinanzierungsgesetz blieben dort stehen. Der hohe Stellenwert des Ehrenamtes werde ungeschmälert anerkannt.

Gerd Mai (GRÜNE) wandte sich dem Bereich des Schulsports zu. Man wolle diesen Bereich mit verschiedenen Aktivitäten aufwerten. Weiterhin habe man vorgesehen, eine spezielle Gesundheitserziehung im Bereich des Schulsports weiter zu fördern. Den kompensatorischen Sport in der Schule wolle man sichern. Die bewegungsfreudige Ausgestaltung von Schulprogrammen sei dort mit aufgenommen. Zu erwähnen seien außerdem die Übernahme der Kosten für die freiwilligen Schülersportgemeinschaften, für allgemeine Schulsportgemeinschaften, für Talentsichtungs- und Fördergruppen sowie Förder- und Fitneßgruppen. Man müsse sehen: Dies seien alles freiwillige Leistungen. Es habe keinen Pflichtcharakter.

Sportministerin Ilse Brusis (SPD) erklärte, die Gesundheits- und Sicherheitserziehung im Schulsport habe große Bedeutung, und sie werde weiter Schwerpunkt der Aktivitäten sein. Man müsse aber auch sehen, daß in den vergangenen Jahren die Aus- und Fortbildung von Moderatoren und Moderatorinnen in der Gesundheits- und Sicherheitserziehung im Schulsport auf zentraler und regionaler Ebene vorangetrieben



Peter Bensmann (CDU, l.) und Ernst-Martin Walsken (SPD) mahnten weitere Einsparungen bei den Personalausgaben an, während Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE, r.) auch auf Beschäftigungsverantwortung des Landes hinwies. Fotos: Schälte

worden sei. Den Bezirksregierungen stünden heute genügend kompetente Lehrkräfte zur Verfügung, die die Fortbildung von Lehrern und Lehrerinnen in diesem Bereich auf lokaler und auf schulinterner Ebene durchführen könnten. Außerdem könnten durch eine enge Zusammenarbeit mit weiteren Trägern der Lehrerfortbildung wie der gesetzlichen Unfallversicherung oder den Sportverbänden weitere Kostensenkungen erreicht werden.

Bauen und Wohnen

Mit einer Generalabrechnung der Wohnungsbaupolitik von Minister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) begann die CDU ihre Darstellungen in der zweiten Lesung: Der Minister befrachte aus ideologischen Motiven die Bauordnung und sei der „wahre Preistreiber“ im Lande. Dagegen die Einschätzung der Koalition, daß die Zwischenbilanz der Baupolitik dieser Regierung durchaus positiv ausfalle. — Der Etatentwurf 14 — Ministerium für Bauen und Wohnen — wurde gegen das Votum der CDU angenommen.

Siegfried Zellnig (CDU) meinte, es sei besser, die Landesbauordnung so zu lassen, wie sie ist, anstatt sie in der grünen Folkammer ideologisch befrachten zu lassen. Es gebe kein Umsteuern in der Wohnungsbaupolitik, und damit bleibe es bei der im Lande ungünstigen Gewichtung zwischen Mietwohnungsbau und Eigentum — das sei „wahnsinnig enttäuschend“. Wenn Wasserzähler in Altbauwohnungen und sparsame Mischbatterien vorgeschrieben werden,

dann führe dies zu Riesenkosten, für die irgend jemand aufkommen müsse — darum sei der Minister „ein wahrer Preistreiber in diesem Land“, weil er auch noch die Belastung für die Mieter anderweitig in die Höhe getrieben habe. Fazit: Es habe sich in der Baupolitik nichts geändert, die Belastungen seien gestiegen, die Investoren verunsichert. Alles sei viel schlimmer als unter der früheren Wohnungsbauministerin Brusis, befand Zellnig.

Gerd-Peter Wolf (SPD) zog ein anderes Resümee: „Bisher hatten zweieinhalb gute Jahre rot-grüner Wohnungsbaupolitik, das Frau Brusis gelegt hat und auf dem wir haben aufbauen können.“ Der Wohnungsfehlbestand sei deutlich zurückgegangen, „die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter“. Auch für das nächste Jahr stünden genügend Mittel bereit, um wieder 27 000 Wohnungen zu fördern; von Verunsicherung der Investoren keine Spur. Für Eigentumsmaßnahmen würden im Lande 450 Millionen Mark an Landesbürgschaften bereitgestellt.

Hedwig Tärner (GRÜNE) bezeichnete es als Aufgabe der Politik, angemessenen Wohnraum für Menschen zu schaffen, „die dies ohne öffentliche Hilfe nur unzureichend könnten“. Besonders für Menschen in Notsituationen würden Wohnungsbaupolitik und Sozialpolitik Hand in Hand arbeiten. NRW sei das erste Land, das den Niedrigenergiehausstandard einführe, betonte sie, damit würden Ökologie und Sozialpolitik vorbildlich verbunden. Andere Schwerpunkte seien barrierefreies und flächensparendes Bauen sowie die Kopplung der Siedlungsentwicklung an umweltverträgliche Verkehrsmittel. Insgesamt sei die Wohnungsbauförderung im Lande auf einem zukunftsgerichteten Weg.

Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) zählte die Vorhaben auf, deren Zustandekommen Bonn versprochen habe, Reform des sozialen Wohnungsbaus, Wohngeldnovelle und Mietrechtsreform. Vesper: „Kein einziges ist in die Hufe gekommen.“ Tatsache sei, daß Düsseldorf fünfmal soviel an Barmitteln in den Wohnungsbau stecke wie Bonn — da könnte auch die Opposition einmal ein lobendes Wort fallenlassen. Der Minister schloß mit der Feststellung, die Politik des Landes weise in schwieriger Zeit so viele gute Zeichen und ermutigende Ansätze auf, daß er dem Parlament dafür danken möchte, daß es diesen nach vorne weisenden Haushalt in der beschlossenen Fassung annehme.



Seit über 20 Jahren führt die Deutsche Beamtenbund-Jugend in NRW mit dem Staat Israel ein Austauschprogramm mit jungen deutschen und israelischen Beamten durch mit dem Ziel, den öffentlichen Dienst im jeweiligen Land kennenzulernen. Jetzt haben wieder acht Israelis NRW besucht, um sich einen Überblick über Politik und Verwaltung zu verschaffen. Im Landtag empfing Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber (5. v. l.) die Delegation der Stadt- und Gemeindedirektoren der Union of Local Authorities (ULA). Foto: Schälte

Gemeindefinanzierungsgesetz

Unterschiedliche Schuldzuweisungen an die Landes- oder die Bundesregierung bestimmten die Aussprache über die 22,3 Milliarden Mark für die NRW-Kommunen. Der neu gefaßte Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1998 (GFG) wurde nach Ablehnung eines Änderungsantrags der CDU mehrheitlich angenommen und an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Albert Leifert (CDU) leitete seine Rede ein mit der Frage „Ist die finanzielle Lage der Gemeinden so, daß das Land ihnen weitere Lasten aufbürden kann?“, die er mit Nein beantwortete. Die kommunalen Sünden der Vergangenheit holten die Landesregierung ein. Die Kürzung des Verbundsatzes von 28,5 auf 23 Prozent, die Streichung des Anteils an der Kfz-Steuer als einzigem Land hätten allein die rote bzw. rotgrüne Mehrheit zu verantworten. Das Land habe die Kommunen nicht für schwierige Zeiten gewappnet, sondern an den Rand des finanziellen Abgrunds manövriert. 135 Städte und Gemeinden könnten durch Haushaltssicherungskonzepte die Selbstverwaltung nicht mehr durchführen, und viele nur durch Veräußerung von Immobilien und Vermögenswerten ihren Haushalt ausgleichen. Investitionen würden zusammengestrichen. Öffentliche Gebäude verkämen, bei Kultur, Weiterbildung, Sport, Jugendarbeit müsse radikal der Rotstift angesetzt werden. Ein Minus von 563 Millionen Mark zusätzlich im GFG 1998, 500 Millionen Ausfall an Steuereinkommen, das Auslaufen der Kostenerstattung für Bosnienflüchtlinge zwängen auch die letzten noch gesunden NRW-Gemeinden in die Knie. Mit welcher Propaganda seien drei Prozent mehr Schlüsselzuweisungen verkauft worden. Heute herrsche Schweigen im Walde. Das Verschleiern der Kürzungen sei zutiefst kommunalfeindlich. Die Landesausgaben stiegen seit 1991 um 25, die Schlüsselausgaben nur um 15 Prozent gleich 900 Millionen Mark. Das sei Wortbruch. Die CDU lehne Modellprojekte für Bosnienrückkehrer und Entwicklungshilfe aus Gemeindegeld ab.

Jürgen Thulke (SPD) antwortete, die Aussage, Schlüsselzuweisungen sollten mindestens genauso steigen wie die Landesausgaben, gelte erst seit der rotgrünen Koalition und werde mit 1,5 bzw. 1,1 Prozent 1998 eingehalten. Wegen sinkender Steuereinnahmen gebe es keinen Spielraum für Kreditierung mehr. Die bisher verlässliche Kalkulation mit dem GFG-Entwurf sei nicht mehr möglich. Die Koalitionsfraktionen beantragten eine Erhöhung der Schlüsselmasse um 32,3 Millionen Mark. Damit geschehe das Mögliche. Die Zuweisungen sollten um 20 Millionen Mark erhöht werden, um altindustriellen Monostrukturen und Kurorten zu helfen. Das Mehr solle durch reduzierte Bedarfszuweisungen für die Landschaftsverbände und weniger Mittel für den Schulbau aufgebracht werden. Ersteres sei durch Auswirkungen der Pflegeversicherung zu vertreten. Kürzungen bei Zweckzuweisungen zur Erhöhung der Schlüsselmasse, wie von der CDU beantragt, sei wegen der Verfassungsgrenze für Investitionen nicht möglich. Einnahme-Rückgänge würden, anders als vom Bund versprochen, nicht kompensiert.

Ewald Groth (GRÜNE) hielt das GFG 1998 trotz stabilen Verbundsatzes, 1,5 Prozent mehr Schlüsselzuweisungen und 29,4 Prozent mehr Investitionspauschalen für keine frohe Botschaft, mit der die Kommunen allerdings hätten rechnen müssen. Das Chaos der Bankrotteure in Bonn überrasche immer aufs neue. Den nicht verantwortbaren Mangel zu verwalten, mache keinen Spaß. Weiter konsolidieren müsse, wer die kommunale Selbstverwaltung erhalten wolle. Der NRW-Finanzausgleich sei der fundierteste. Es gehe nicht anders, als mit dem fiktiven Bedarf zu arbeiten. Ändern werde sich erst etwas bei einer ökologischen Steuerreform nach der Bundestagswahl 1998, die anders verteile und Abschreibungsmöglichkeiten für Großverdiener beseitige. Die CDU wolle trotz hoher Arbeitslosigkeit weniger Investitionen und mehr Konsum. Höchstens bei Zweckzuweisungen zu entfrachten, würde Sinn machen.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) dankte für Groths Äußerung, daß das Be-

rechnungssystem für Kurorte ungerecht gewesen sei, und sprach die Hoffnung auf Änderung noch zur dritten Lesung aus. Haushaltssicherungskonzepte bedeuteten nicht das Ende der Selbstverwaltung, sondern Ratsmitglieder seien auch im Sparen gefordert. Alle zu binden, sei eine gute Veränderung. Ausgleich für 500 Millionen Mark wegen Steuermindereinnahmen vom Land zu fordern, sei lächerlich, da diese vom Bundesgesetzgeber gestaltet würden. Die schmerzliche Operation der Kürzungen wegen Steuermindereinnahmen sei Folge der neuen Berechnung des Bundes, der 1998 insgesamt 1,28 Milliarden Mark weniger Gemeinde-Einnahmen zu verantworten habe. Vor diesem Betrag erscheine das Volumen des CDU-Änderungsantrags von 161,8 Millionen Mark klein. Sich mit den Auswirkungen geringerer Zweckzuweisungen gar nicht zu befassen, sei nicht ehrlich.

Albert Leifert (CDU) verwahrte sich gegen die Abschiebung der Verantwortung an den Bund und wies auf die Teilnahme der Länderfinanzminister an den Steuerschätzungen hin. Eine Steuerreform in Bonn habe die Bundes-SPD bewußt gegen die Wand fahren lassen. Scharping wolle „vielleicht noch eventuell“, Lafontaine überhaupt nicht, Schröder dürfe nicht. Wer aufmerksam die politischen Ebenen seit 1991 verfolge, sehe klar: Die Schuldzuweisungen an Bonn entbehren jeder zahlenmäßigen Grundlage. Die Länder hätten vom Steueraufkommen jeweils höhere Anteile bekommen und im Bundesrat für sich gesorgt. Den guten Kompromiß der Abschaffung der Gewerbesteuer habe NRW-Minister Schließer durch erhöhte Gewerbesteuerumlage wieder aufgehoben, für die Landeskasse gesorgt und die Kommunen schmählich im Stich gelassen.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) fügte hinzu, die Steuerschätzung werde auf Datenbasis des Bundeswirtschaftsministers mit Grunddaten des Bundesfinanzministers gemacht. Nicht alle Länder seien Gewinner, NRW zahle 3,4 Milliarden Mark mehr Ausgleich. (wird fortgesetzt)

Einberufung von Lehrern zu Wehrübungen

Im Falle der Einberufung zu einer Wehrübung sei ein Beamter kraft Gesetzes für die Dauer der Wehrübung mit Bezügen beurlaubt. Wie Angehörige anderer Berufsgruppen unterlägen daher Wehrpflichtige, die als Lehrer tätig seien, der gesetzlichen Verpflichtung, an diesen Übungen teilzunehmen. Wie lange die Übungen dauerten, wann sie stattfänden und wie oft wehrpflichtige Lehrer eingezogen würden, entziehe sich grundsätzlich einer Beeinflussung durch die Schulbehörden. Das erklärt Schulministerin Gabriele Behler (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Johannes Pflug. Die Frage einer Sonderregelung für Lehrer sei mehrfach zwischen dem Bundesverteidigungsminister und den Kultusministern erörtert worden. Die Bundesregierung habe es jedoch wegen des Gleichbehandlungsgrundsatzes in der Verfassung abgelehnt, Lehrer prinzipiell besser zu stellen (Drs. 12/2581).



Der designierte Kurdirektor des Staatsbads Oeynhausen, Garrelf Remmers (zweiter von links) hat sich auf der letzten Sitzung in diesem Jahr der Arbeitsgruppe Staatsbad vorgestellt. Mit auf dem Bild (v. l.): Michael Scheffler (SPD), Remmers, Arbeitsgruppenvorsitzender Bodo Champignon, Ina Meise-Laukamp (beide SPD), Wilhelm Krömer (CDU), der amtierende Kurdirektor Willi Schmidt, Hermann Janssen (SPD), Ministerialdirigent Wolfdram Schorn (MAGS) und Antonius Rösenberg (CDU).

Ministerin rechnet vor:

In 20 Jahren vier Milliarden für den Sport aufgewendet

Sport hat in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert. Am letzten erfaßten Stichtag, 31. Dezember 1996, hatten die Sportvereine zwischen Rhein und Weser fast 4,9 Millionen Mitglieder. Den höchsten Zuwachs gab es 1994. In jenem Jahr stieg die Zahl der Sportvereine in NRW um 669. Mit 20 322 wurden die meisten Sportvereine insgesamt allerdings im Jahr 1996 gezählt. Das teilt Sportministerin Ilse Brusis (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Dr. Annemarie Schräps, Leonhard Kuckart, Bernhard Recker, Heinz-Helmich van Schewick, Rolf Seel, Anne-Hanne Siepenkothen und Klaus-Dieter Stallmann mit. Sie beruft sich dabei auf Angaben des Landessportbundes.

Die CDU-Politikerinnen und -Politiker hatten unter anderem deutlich gemacht, wenn immer mehr Menschen zum Sport fänden, sei es besonders wichtig, daß die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Sportvereine in NRW stimmten. Sie wollten deshalb auch wissen, wie hoch die Übungsleiterzuschüsse in den vergangenen Jahren gewesen seien.

Ministerin Brusis macht deutlich, das Land gewähre unter bestimmten Voraussetzungen Zuwendungen an Sportvereine für die Förderung der Übungsarbeit. Die Vereine müßten dabei über anerkannte Leiterinnen und Leiter der Übungsarbeit verfügen. Ausgangsgröße für die Berechnung der Höhe der Zuschüsse pro Sportverein sei die sogenannte Zuschußeinheit; für je 50 Mitglieder werde eine Zuschußeinheit anerkannt, sofern jeweils mindestens eine im Sinn der Förderungsrichtlinien anerkannte Übungsleiterin oder ein Übungsleiter mindestens 75 Übungsstunden pro Jahr durchführten. Die Ministerin weist abschließend darauf hin, einen Eindruck von der Schwerpunktsetzung der Landesregierung bei der Förderung vermittele die bisherige Bilanz des Landessportplans. Er gehe in diesem Jahr in das 20. Jahr seines Bestehens. Sein Gesamtvolumen für diesen Zeitraum addiere sich auf einen Betrag von fast vier Milliarden Mark (Drs. 12/2689).

Paul-Clemen-Stipendium für Doktorandinnen

Das Paul-Clemen-Stipendium 1997 erhielten Wera Groß für ihre Dissertation „Protestantische Kirchenneubauten des 16. bis 18. Jahrhunderts am Niederrhein und im Bergischen Land“ und Annette Willberg für ihre Doktorarbeit „Die Punzierung in der Altkölner Malerei. Punzierungen in Kölner Tafelbildern des 14. und 15. Jahrhunderts“. Nach der feierlichen Verleihung durch den Vorsitzenden der Landschaftsversammlung Rheinland, Dr. Jürgen Wilhelm, erläuterten die Ausgezeichneten am 7. November im Rheinischen Landesmuseum in Bonn ihre Forschungsarbeiten.



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (am Rednerpult) hat Mitte des Monats die erste Veranstaltung in der von ihm initiierten Reihe „Wort und Widerwort ... und wieder Wort“ im Plenarsaal des Landtags eröffnet. Der Präsident erklärte in seiner Begrüßung, mit dieser Reihe solle sein Versprechen eingelöst werden, die parlamentarische Arbeit durchschaubarer zu machen. Es sei ihm ein besonderes Anliegen, daß diese erste Veranstaltung sich der Bildungspolitik widme, die in einer Rangliste der Politikbereich sehr weit nach oben gehöre. — Gegenstand der Beiträge der Parlamentarier und der Regierung, die durch Ministerpräsident Johannes Rau und Schulministerin Gabriele Behler vertreten wurde, war die Denkschrift „Zukunft der Schule — Schule der Zukunft“, die die 1992 vom Ministerpräsidenten berufene Bildungskommission vorgelegt hat und die seitdem in der parlamentarischen und öffentlichen Erörterung steht. — Ein inhaltlicher Bericht folgt in „Landtag intern“.

Fotos: Schälte



Fast scheint es so, als wolle Landtagsdirektor Professor Heinrich A. Große-Sender (M.) in der Bibliothek des Landtags beim Einsortieren einer neuen Charge Bücher helfen. Doch der Schein trügt. Der Stapel in der Mitte ist weitaus schwergewichtiger als der Stapel normaler Bücher rechts, den Bibliotheksleiterin Birgit Dransfeld (r.) stützt. Denn die Büchersäule in der Mitte ist aus Marmor, ein originelles Kunstwerk, geschaffen von dem Künstlerehepaar Wolfgang Kubach und Anna Maria Kubach-Wilmsen aus Bad Münster am Stein. In den Landtag hat es die Bonner Galeristin Marianne Hennemann (l.) vermittelt. In der Bibliothek des Parlaments soll der Turm, dessen Marmor aus den verschiedensten Gegenden dieser Erde stammt, ein Zeichen für die Weisheit aus Büchern, aber auch schlicht ein artistisches Signal für Leselust setzen.

Rückblick 1997

Multimedia Schlüsselbegriff für Zukunft

Wie im Jahr 1996 kennzeichnete auch 1997 die Sorge um Arbeit und den Arbeitsmarkt, um Haushalt und Finanzen die nordrhein-westfälische Landespolitik. Das Argument zusätzlicher Arbeitsplätze spielte neben ökologischen Problemstellungen deshalb bei der anhaltenden Diskussion um den Aufschluß des Braunkohlentagebaus Garzweiler II eine gewichtige Rolle. Vor allem der Jugend, die mit einer soliden Ausbildung im Erwerbsleben bestehen will, galten die politischen Anstrengungen, die bereits zu Beginn des Jahres mit dem Bemühen um einen Ausbildungskonsens deutliche Zeichen setzten. Die wirtschaftliche Zukunft wurde indessen auf einem Sektor ausgemacht, auf dem Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern seine Position stark ausbauen konnte: Multimedia. NRW gilt mittlerweile nicht mehr nur bei Insidern als Film- und Fernsehland Nr. 1 in der Bundesrepublik. Hinzu kommen die vielen neuen Arbeitsplätze im Televisions- und Elektronikbereich. 170 000 Menschen arbeiten im Land bereits in der Medienwirtschaft. Mit dieser groß angelegten Thematik hat sich der Landtag intensiv beschäftigt. Nach der vorläufigen Arbeitsbilanz, die Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 8. Dezember vorgelegt hat, fanden bis Anfang Dezember 25 Plenarsitzungen und 263 Ausschusssitzungen statt. 51 mündliche Anfragen ergingen im Plenum. 328 Kleine und vier Große Anfragen wurden gestellt, 23 Gesetzentwürfe beraten und 14 Gesetze verabschiedet. Die Zahl der Anträge belief sich auf 106, die der Entschließungsanträge auf 44 und die der Änderungsanträge auf 20. Mit Themen, die auf den Nägeln brannten, befaßte sich das Parlament in 23 Aktuellen Stunden. 4 578 Petitionen wurden bearbeitet.

15. Januar

Auf die Umsetzung des Ausbildungskonsenses ging Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) im Wirtschaftsausschuß unter der Leitung seiner Vorsitzenden Hannelore Brüning (CDU) ein. Nach Clements Angaben standen im Herbst des Vorjahres 7 918 unversorgte Ausbildungssuchende 8 404 offenen Ausbildungsstellen gegenüber.

16. Januar

Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnete den Ausstellungskalender für 1997 im Landtag mit einer eindrucksvollen Kunstaussstellung. Sie trug den Namen „Düsseldorf - Andere Orte“ und war ein gemeinschaftliches Projekt von 17 Künstlerinnen und Künstlern aus fünf Kontinenten, die ihre Werke aus den Sparten Malerei, Bildhauerei, Fotografie, Video und Installation in der Wandelhalle des Parlaments zeigten.

21. Januar

Auf den Tag vor fünfzig Jahren gliederte sich das Land Lippe an das junge Land Nordrhein-Westfalen an. Die britische Militärregierung erließ am 21. Januar 1947 die Verordnung Nr. 77, die bestimmte, daß das Land Lippe seine Selbstständigkeit verlor und zum Teil des Landes NRW wurde.

23. Januar

Ein neu ins Kabelnetz aufgenommener Teleshopping-Sender warf im Hauptausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) die Frage nach dem Vorrang für Rundfunk auf. Einigkeit herrschte bei den Fraktionen, daß die Dritten Programme im Kabelnetz nicht reduziert werden sollten.

23. Januar

Die Rinderkrankheit BSE beschäftigte den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter der Leitung seines Vorsitzenden Heinrich Kruse (CDU). Die Landesregierung bestätigte, daß bei einem in Höxter verendeten Galloway-Rind BSE diagnostiziert worden sei. Damit war die Viruserkrankung erstmals bei einem in Deutschland geborenen Rind festgestellt worden.

30. Januar

Der Wald in Nordrhein-Westfalen hat zu- und nicht abgenommen. Das stellte sich bei der Debatte über den Landeswaldbericht

1996 heraus, der eine Vergrößerung der Waldfläche um 3 000 Hektar auswies. Die Situation der Forstwirtschaft mit über 110 000 Beschäftigten wurde indessen als „nicht rosig“ bezeichnet.

31. Januar

Der Landtag entsprach einem Urteil des Verfassungsgerichts vom Dezember 1996, das sich gegen zu geringe Erstattungen für geduldete, bosnische Flüchtlinge gewandt hatte. Den Kommunen wurde eine höhere Pauschale zugesprochen. Der Landeskasse entstanden dadurch zusätzliche Ausgaben in Höhe von 150 Millionen Mark.

31. Januar

In einer Aktuellen Stunde stand die Zukunftsbranche Medien zur Diskussion. Dabei kam heraus, daß Filme aus Nordrhein-Westfalen inzwischen schon den Weg nach Hollywood gefunden haben, und die Medienindustrie an Rhein und Ruhr bereits weit über 150 000 Beschäftigte zählt.

18. Februar

„Mehr Demokratie wagen – Kommunalwahlrecht reformieren“ lautete das Thema bei einer Anhörung im Ausschuß für Kommunalpolitik unter der Leitung seines Vorsitzenden Friedrich Hofmann (SPD) und seines stellvertretenden Vorsitzenden Winfried Schittges (CDU). Die Ausschußmitglieder ließen sich über die Auswirkungen von Wahlsystemen mit Häufeln und Splitten von Wählerstimmen (Kumulieren und Panaschieren) informieren.

26. Februar

Im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung unter der Leitung seines Vorsitzenden Klaus Strehl (SPD) wurde Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) „Verzögerungstaktik“ vorgeworfen. Es ging um die wasserrechtliche Erlaubnis für den Braunkohlentagebau Garzweiler II. Die SPD-Fraktion verlangte eine solche Genehmigung bis 1998. Die Ministerin erklärte, sie werde irgendwann zwischen 1998 und 2001 entscheiden.

26. Februar

Rund 1,8 Millionen Sängern und Sänger gehen in Deutschland ihrem Hobby, der Laienmusik, nach. Bei einer Anhörung im Kulturausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Leonhard Kuckart (CDU) beanspruchten Sängerbund, Musikrat, Musik-

schulen usw. wegen der gesellschaftlichen Bedeutung dieses speziellen Bereichs der Musikkultur gleiche öffentliche Förderung wie der Sport.

5. März

Die Fraktionen von SPD und CDU sowie Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) sprachen sich im Plenum für eine um 400 Meter verlängerte An- und Abflugpiste auf dem Düsseldorfer Rhein-Ruhr Flughafen aus. Hinter dem Wunsch nach Ausbau des Flughafens auf ein Niveau interkontinentaler Anbindung stand u. a. die Befürchtung, Düsseldorf könne auf Dauer zu viele Passagiere an Amsterdam und Brüssel verlieren. Die GRÜNEN äußerten sich strikt ablehnend gegenüber einer Expansion.

6. März

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bezeichnete bei der Aussprache über den Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen sowie über Ziele, Perspektiven und Handlungsschwerpunkte in der 12. Legislaturperiode die Arbeitslosigkeit als das Hauptübel unserer Zeit. Er teilte mit, die Arbeitslosigkeit habe im Februar im Land bei 918 620 gelegen.

13. März

In einer Regierungserklärung nahm Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) zu den Auswirkungen Bonner Finanzkürzungen auf die Zukunft der Steinkohle Stellung. Er nannte die Politik der Bundesregierung einen „Katastrophenkurs“. CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen bezeichnete hingegen die Vereinbarung über die künftige Finanzierung der Steinkohle als einen fairen Kompromiß. Die Sondersitzung war auf Antrag von 77 SPD-Abgeordneten einberufen worden.

20. März

Mit den tiefgreifenden Veränderungen im Stahlbereich mußte sich der Landtag auseinandersetzen. In einer Regierungserklärung teilte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) mit, die Unternehmen Krupp und Thyssen hätten sich in einem Gespräch beim Ministerpräsidenten darauf geeinigt, ein gemeinsames unternehmerisches Konzept für den Stahlbereich in Form einer Stahl AG zu erarbeiten.

17. April

Einhellig und auf das Entschiedenste verurteilte der Hauptausschuß unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU) Kinderpornographie im Internet. Allerdings wurde auch deutlich, wieviel Schwierigkeiten die Strafverfolger noch bei dieser neuen Form von Kriminalität haben.

23. April

Der Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNEN, die kommunale Einflusnahme durch Bewahrung von Mehrstimmenrechten kommunaler Aktionäre zu sichern, nahm das Landesparlament an. Beide Fraktionen befürchteten Verluste von Einnahmen in Milliardenhöhe und Verlust von Einfluß für die Kommunen durch den Bonner Gesetzentwurf zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich. Die CDU-Fraktion begrüßte dieses Reformvorhaben.

5. Mai

Im Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik unter der Leitung seines Vorsitzenden

Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) machte der Regierungschef des bevölkerungsreichsten Bundeslandes, Johannes Rau (SPD), darauf aufmerksam, in NRW als einem bedeutenden Exportland mit hochqualifizierter Umwelttechnologie könnten entwicklungspolitische Aspekte auch als außenpolitische Interessen diskutiert werden.

7. Mai

Für eine schlankere Verwaltung und mehr Aufgabekritik setzten sich Experten bei einer Anhörung des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform zur Reform der Mittelstufe der Verwaltung im Lande NRW ein. Die Experten sprachen sich für Erhalt der Bezirksregierungen und gegen eine neue Mittelinstanz aus. Auch ein einheitlicher Kernbereich Ruhrgebiet fand keine Zustimmung.

15. Mai

Die CDU stellte im Plenum zur Scientology Church fest: Im Ansatz müsse verhindert werden, daß Polizei, Justiz, Finanzbehörden und Schulen unterwandert würden. Die SPD bekundete Übereinstimmung mit der Zielsetzung des Unionsantrages. Die GRÜNEN hielten eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz für nicht angebracht.

18. Juni

Der Landtag Nordrhein-Westfalen ist als korporatives Mitglied der Partnerschaft der Parlamente e.V. beigetreten. Vizepräsident des Vereins ist der CDU-Abgeordnete Leo Dautzenberg, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses. Bei dem Verein handelt es sich um einen Zusammenschluß von Länderparlamentariern, die sich parlamentarischen Austausch mit den USA auf die Fahne geschrieben haben.

25. Juni

Bei der zweiten Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes warf die Opposition der Landesregierung Flucht in globale Minderausgaben vor. Die Koalition sowie die Regierung vertraten die Auffassung, die eigentlichen Versäumnisse seien nicht von der Landesregierung, sondern von der Bundesregierung zu vertreten.

27. Juni

Mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit von SPD und GRÜNEN gegen die CDU-Opposition wurde der Nachtragshaushalt 1997 in dritter Lesung beschlossen. Mit ihm machte das Landesparlament auch den Weg für die Privatisierung des Flughafens Düsseldorf frei.

Haushalte stehen vor schweren Problemen

3. September

Finanzminister Heinz Schlußer und Innenminister Franz-Josef Kniola (beide SPD) brachten die Entwürfe für den Haushalt 1998 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz in den Landtag ein. Der Finanzminister wies darauf hin, alle öffentlichen Haushalte stünden vor kaum löslichen Problemen.

3. September

Mit drastischen Strafen müsse gegen illegale Fleischimporte vorgegangen werden, Kontrollen sollten ausgeweitet und regionale Vermarktungsstrukturen gestärkt werden. Diese Forderungen wurden fraktionsübergreifend in einer Aktuellen Stunde deutlich.

4. September

Um Feuerschutz und Rettungsdienst ging es bei einer Anhörung des Ausschusses für Innere Verwaltung unter Leitung seines Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU). Klar wurde bei der Aussprache, daß Feuerschutz eine gemeindliche Aufgabe sei. Letztlich ging es um die Frage nach schnellstmöglicher Hilfe im Notfall.

10. September

Mit Attacken der CDU-Opposition auf die rot-grüne Koalition wurden die Beratungen in erster Lesung zum Haushalt 1998 eröffnet. Die Union hielt der Landesregierung vor, sie habe vor den Problemen des Landes offensichtlich kapituliert. Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD), der Heinz Schlußer vertrat, bekräftigte, daß der erkrankte Finanzminister ein Garant für solide Haushaltspolitik sei.

10. September

Die Landtagsmehrheit von SPD und GRÜNEN lehnte einen Antrag der CDU ab, wonach die Steuerreform nicht länger blockiert werden dürfe und nahm einen eigenen Antrag an. In ihm wurde die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Reform einzusetzen, die die Binnennachfrage stärke und den Arbeitsmarkt belebe.

11. September

Bei der Beratung eines CDU-Antrages, „Bildungsverfall an nordrhein-westfälischen Schulen wirksam zu bekämpfen“, wurde von der Union auf die schlechte Bewertung des deutschen Schulsystems hingewiesen. Koalition und Schulministerin wehrten sich gegen den Oppositionsvorwurf, man strebe eine Schule der Beliebtheit an.

12. September

Einen Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden im Land überwies der Landtag in die Ausschußberatung. Die Koalition wies darauf hin, daß umfangreiche Entscheidungen an die Organe der kommunalen Selbstverwaltung zurückgegeben werden sollten.

18. September

Der Hauptausschuß unter Vorsitz von Klaus Matthiesen (SPD) beschäftigte sich auf Grund eines aktuellen Falls mit einem Grundsatzproblem, nämlich der Zahlung von hohen Gehältern vor allem an die Geschäftsführer bei Institutionen, die öffentlich bezuschußt werden, sich aber in der Rechtsform einer GmbH befinden.

1. Oktober

Multimedia ist ein Schlüsselbegriff für die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Zu dieser Erkenntnis kam die SPD bei der Debatte im Plenum über ihre Große Anfrage 2 zu den Herausforderungen von Multimedia. Von der CDU wurde darauf hingewiesen, daß bereits 170 000 Beschäftigte in der Medienwirtschaft arbeiteten. Auch von den GRÜNEN wurde eingeräumt, daß sich Nordrhein-Westfalen zum führenden Medienland in der Bundesrepublik entwickelt habe.

4. Oktober

Unter dem Stichwort „Volle Pulle“ fand ein landesweites Treffen der Kinder- und Jugendparlamente in Düsseldorf statt, wobei sich die jungen Parlamentarier an diesem Tag im Landtag trafen. Rund 90 Jungen und Mädchen präsidierten ihre Forderungen und Ideen.

8. Oktober

Über Wirtschafts- und Verkehrsprobleme hat sich der Verkehrsausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD) im Hochsauerlandkreis informiert. Zu ihrem Erstaunen erfuhren die Abgeordneten, daß 50 Prozent der arbeitenden Bevölkerung dieses Kreises in der Industrie beschäftigt sind. Gerne hörten sie auch, daß der Hochsauerlandkreis seit zehn Jahren mit acht Prozent die drittniedrigste Arbeitslosenrate in NRW aufweist.

10. Oktober

Auf Antrag der CDU-Fraktion befaßte sich der Hauptausschuß unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hege mann mit der Reform des Kommunalwahlrechts. Dabei waren die Fraktionen in der Frage von Kumulieren und Panaschieren gar nicht so weit auseinander. Nur der Fahrplan der Umsetzung blieb offen.

25. Oktober

Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfing den Präsidenten des Exekutivkomitees der PLO und PNA, Yasser Arafat im Landtag. Schmidt wies darauf hin, Gegner des Friedensprozesses gebe es auf beiden Seiten. Jede Form von Terror aber vergrößere die Gefahr zunehmender Gewalt und kriegerischer Auseinandersetzung. Schmidt und Arafat gaben ihrer Sorge um den ins Stocken geratenen Friedensprozeß Ausdruck.

29. Oktober

Die CDU war im Plenum der Ansicht, die angestrebte Rechtschreibreform müsse ausgesetzt und durch einen vernünftigen Reformentwurf ersetzt werden, der dann in Form eines Staatsvertrages Rechts- und Handlungssicherheit schaffe. SPD und GRÜNE forderte dagegen, es dürfe keinen Stopp der Rechtschreibreform geben, die Neuregelung müsse im Gegenteil zügig umgesetzt werden. In direkter Abstimmung nahm der Landtag einen entsprechenden Entschließungsantrag der Koalition an.

20. November

Die Frauen unter den nordrhein-westfälischen Abgeordneten waren voll auf zufrieden mit dem Quotenurteil des Europäischen Gerichtshofs. In einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde gaben Sprecherinnen aller Fraktionen ihrer Genugtuung Ausdruck.

27. November

Den Hauptausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) bewegte die Frage, ob sich Nordrhein-Westfalen an der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Niederlande orientieren könne. Einig waren sich die Fraktionen, daß das „Wirtschaftswunder“ im Nachbarland zu eigenen Initiativen gegen die Arbeitslosigkeit anregen sollte.

10. Dezember

Der Landtag beriet das Haushaltsgesetz 1998 in zweiter Lesung und verabschiedete mehrheitlich die Einzelpläne des Landtages, der Ministerien und des Landesrechnungshofes. Am 17. Dezember erhielten dann in dritter Lesung nach einer Generaldebatte der Haushalt sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 mit der Mehrheit der Stimmen der Regierungskoalition grünes Licht.

SPD-Fraktion

Innere Sicherheit hat einen hohen Stellenwert

„Die Innere Sicherheit wird auch weiterhin an vorderster Stelle der Landespolitik stehen.“ Das erklärte der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Jürgen Jentsch. Hierbei sei das Hauptaugenmerk insbesondere auf die Informations- und Kommunikationstechnik bei den Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen gerichtet, machte Jentsch deutlich.

Er führte aus: „Dabei ist es uns gelungen, die bisherigen Mittel von 38,6 Millionen Mark um 7,25 Millionen Mark zu erhöhen.“ Damit, so Jentsch, könnten die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine informationstechnisch gestützte polizeiliche Vorgangsbearbeitung in den Polizeibehörden und -einrichtungen in Nordrhein-Westfalen erheblich verbessert werden. Als besonders erfreulich bezeichnete Jentsch die Ergebnisse intensiver Beratungen in den Koalitionsfraktionen im Hinblick auf Höhergruppierung der Polizeibediensteten. „Die Regelungen der vergangenen Zeiten haben dazu geführt, daß die durchschnittlichen Beförderungswartezeiten der Polizeimeister von fünf Jahren (1996) auf zehn Jahre im Haushaltsjahr 1998 hochgeschneit wären“, erläuterte Jentsch. Eine solch lange Dauer bis zur nächsten Beförderung hätte mit Sicherheit nicht zur Motivation der Beamtinnen und Beamten im Polizeidienst beigetragen. „Gerade die Beamtinnen und Beamten im Mittleren Polizeidienst haben mit dem Wechsel von Tag- und Nachtschicht sowie den verschiedenen Einsatzbereichen in den Polizeidienststellen einen knochenharten Job zu verrichten“, stellte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion heraus. Deshalb sei es nur angemessen, daß diese hochbelastete Berufsgruppe eine zumindest annähernd adäquate Honorierung für ihre Arbeit erhalte. Nur so können auch die Polizeikräfte in Nordrhein-Westfalen motiviert werden, weiterhin eine hervorragende Arbeit zu leisten. Die Kosten für die Anhebung der Stellen von A 7 nach A 8 würden durch die Reduzierung von A 10-Stellen kompensiert, so daß der Haushalt nicht zusätzlich belastet werde. Zwar könnten hierbei immer noch nicht alle Beförderungswünsche berücksichtigt werden, aber es sei ein erheblicher Schritt in die richtige Richtung.

„Damit wird deutlich“, so Jentsch, „daß wir die bisher erfolgreiche Politik für die Polizei in Nordrhein-Westfalen auch künftig fortsetzen wollen.“

★

„Das Landesinnenministerium stellt den Bezirksregierungen Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster 60 Millionen Mark als finanzielle Sonderhilfen für insgesamt 50 Städte und Gemeinden zur Verfügung.“ Darauf hat jetzt der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Thulke, hingewiesen. Es sei besonders wichtig, gerade in finanziell schweren Zeiten diejenigen Kommunen durch zusätzliche Hilfen des Landes zu unterstützen, die unverschuldet besonders belastet seien.

„Es ist ein Gebot der Solidarität, den Städten und Gemeinden zu helfen, die durch strukturfördernde Maßnahmen besonders belastet sind und dadurch an die Grenze der finanziellen Belastbarkeit geraten“, kommentierte Jürgen Thulke. Die Hilfen des Landes würden dazu beitragen, die Handlungsfähigkeit trotz Engpässen im kommunalen Haushalt zu wahren.

CDU-Fraktion

Pläne für Referendarunterricht sind verantwortungslos

Die Pläne von Schulministerin Behler, nach denen Referendare ab dem 1. Februar bis zu sechs Stunden eigenverantwortlich unterrichten sollen, hält der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Recker, für „verantwortungslos“. Die Proteste von Eltern- und Lehrerverbänden seien völlig gerechtfertigt, sagte Recker. „Zu Recht befürchten die Betroffenen, daß der Einsatz der Referendare auf Kosten der Qualität des Unterrichts geht.“ Große Probleme wird es nach Reckers Meinung insbesondere in der Grundschule geben. Nach der Neuregelung können Referendare auch versetzungsrelevante Noten geben. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß Eltern und Lehrer das akzeptieren werden. Zu diesem Zeitpunkt ist noch nicht einmal klar, ob die Lehramtsanwärter ihre Prüfung bestehen und jemals den Lehrerberuf ausüben werden“, erklärte der CDU-Politiker und forderte die Schulministerin dringend auf, ihre Pläne nochmals zu überarbeiten. Die CDU sei bereit, konstruktiv an Lösungsvorschlägen mitzuarbeiten. In diesem Zusammenhang verwies Recker auf das Konzept der CDU-Landtagsfraktion: Sie hatte vorgeschlagen, daß Referendare nur im Einvernehmen mit Studienseminar und Schulleiter bis zu vier Stunden eigenverantwortlichen Unterricht erteilen dürfen. Außerdem müsse sichergestellt werden, daß die Lehramtsanwärter bedarfsgerecht auf die Schulen verteilt werden.

Kritik an neuem Feuerschutzgesetz

Als „unzumutbar“ haben der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heinz Paus, und der Vorsitzende des Innenausschusses im Landtag, Klaus Stallmann, die von SPD und GRÜNEN vorgelegte Änderung des Entwurfes für das Feuerschutzhilfegesetz abgelehnt. „Nach einer Reihe von Gesprächen und Anhörungen war ein konsensfähiger Entwurf dieses Gesetzes auf den Weg gebracht worden“, erklärten die CDU-Innenexperten. „Von diesem Konsens haben sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Übereinstimmung mit der Landesregierung indessen verabschiedet. In der Schlußberatung des Innenausschusses zauberten sie jetzt plötzlich einen neuen Antrag hervor, der ohne Rücksicht auf den eigentlichen Inhalt des Gesetzes allein dem finanzpolitischen Diktat des Kabinetts Rau/Höhn folgt.“

Die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer sollen nach dem Willen der Landesregierung nicht mehr wie bisher allein dem Feuerschutz, sondern darüber hinaus auch dem Katastrophenschutz zugute kommen. Dies bedeutet nach den Worten von Paus und Stallmann „de facto eine Entlastung des Landeshaushalts um nahezu 12 Millionen Mark“. Die beiden CDU-Politiker weiter: „Um die anstehenden Ersatzbeschaffungen und Baumaßnahmen im Bereich der Feuerwehren durchführen zu können, müssen jetzt die Kommunen einspringen, die — anders als die Hilfsorganisationen — im übrigen keine Zuwendungen für die Aus- und Fortbildung erhalten.“

DIE GRÜNEN-Fraktion

Garzweiler II – Das Wackersdorf der Kohlewirtschaft?

„Die Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung sehen sich mit einem grundlegenden Wandel ihres Umfeldes konfrontiert. Dieser wird einen Umbruch der gesamten Branchenstruktur zur Folge haben und die Unternehmen zum kritischen Überdenken ihrer Position im künftigen Strommarkt, ihrer unternehmerischen Ziele und Strategien und wohl auch zum Beschreiten neuer Wege veranlassen.“

Dieses Zitat stammt nicht aus der vieldiskutierten „Gedankenskizze“ des Wuppertal-Instituts über Alternativen zu Garzweiler II, sondern es ist der erste Satz einer Studie der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) über die „Strategie-Optionen deutscher Elektrizitätsunternehmen im wettbewerblichen Umfeld“. Grundlage beider Analysen ist die zukünftige Liberalisierung des Strommarktes: Die Gebietsmonopole mit der gesetzlich zugesicherten Verlagerung aller Kosten auf die Stromkunden, einschließlich staatlich garantierter Gewinnmargen, werden beseitigt. Statt dessen wird sich Wettbewerb einstellen, wenn ein diskriminierungsfreier Zugang zum Stromnetz gewährleistet ist.

Für CO₂-freie Energieträger muß das bewährte Stromeinsparungsgesetz die Marktchancen sichern. Beide Studien sehen dann durch eine weiterhin stagnierende Stromnachfrage, Überkapazitäten in der Erzeugung und neue Wettbewerber vor allem zunehmende „Risiken bei der Großstromerzeugung“. Statt Investitionen in neue kapitalintensive Anlagen erwarten sie, daß sich die effiziente und ökologisch sinnvolle Kraft-Wärme-Kopplung in zahlreichen Fällen zu einem lukrativen Geschäftsfeld entwickeln wird. Die VDEW empfiehlt ihren Mitgliedern gar, jetzt in ein breites Angebot innovativer Dienstleistungen, in „neue Stromgeschäfte vor dem Zähler“ einzusteigen.

Fazit: Mit den neuen Spielregeln im Energiemarkt bestimmt nicht mehr parteipolitischer Filz, sondern der spitze Bleistift die Unternehmenspolitik der Energiewirtschaft. Damit wird immer wahrscheinlicher, daß die Prognose von Professor Dr. Hennicke vom Wuppertal-Institut Realität wird: Garzweiler II wird das Wackersdorf der Kohlewirtschaft.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

TISCHTENNIS- CHAMPIONAT 1997

Nach einiger Zeit der administrativen Dürre kommt der Tischtennis-Champion diesmal wieder aus der Landtagsverwaltung. Sein Name: Manfred Mündelein. Im Endspiel setzte sich Manfred Mündelein, der sich wie kein anderer mental aufrichten kann, gegen den Mitfavoriten, den König der ungeraden Bälle, Georg Widera, durch. Mit der Überreichung des imposanten Pokals durch Turnierleiter Thomas Schneider, der gemeinsam mit Petra Theil, Birgit Hielscher und Peter Wenzel wiederum für den hervorragend organisierten Wettbewerb verantwortlich zeichnete, endete eine Sportveranstaltung, bei der erneut ein hohes Leistungsniveau zu konstatieren war. Der Reiz eines solchen Turniers, das in vier Gruppen zu je fünf Aspiranten bzw. Aspirantinnen ausgetragen wurde, liegt im Aufeinandertreffen völlig unterschiedlicher Spielsysteme und Temperamente: Aggressiver Angriff oder hinhaltende Abwehr, Geradlinigkeit oder Raffinesse, offenes Visier oder Tücke, himmelhochjauchend oder zu Tode betrübt, Ausleben von Killerinstinkten oder ans Herz gehendes Mitgefühl mit dem am Boden liegenden Gegner, mentale Stärke oder physische und psychische Erschöpfungszustände.

Fairneß und Freude

Zu sportlichem Ehrgeiz, Fairneß und unbändiger Freude am Spiel kamen noch hinzu die gute Laune am Rande der Platten, die durch gelungenes und willkommenes Sponsoring noch gesteigert werden konnte, fachkundige Kommentare, Anfeuerung und Applaus für gelungene Ballwechsel oder erfolgreiche Punkte bringende Schläge – all das zeichnete das Tischtennis-Weihnachtsturnier im Landtag aus. Ihren Spaß hatten an der Platte, in den Publikumsrängen und in der Tangente: Ernst Becker, Irmgard Birn, Michael Endres, Wolfgang Gärtner, Andrea Glende, Birgit Hielscher, Claudia Karsten, Michael Landwehr, Manfred Marcinkowski, Mario Müller, Manfred Mündelein, Thomas Schlicht, Birgit Schmelzer, Thomas Schneider, Dirk Stopp, Petra Theil, Milica Todoric, Peter Wenzel, Georg Widera, Hans Zinnkann.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Friedrich Schepsmeier rechnet sich zu den Teutonen. „Wie bitte?“ der Abgeordnete aus dem fernsten Winkel des Landes klärt umgehend auf: „Teutonen – so nennen sich die dreizehn Fraktionsmitglieder aus Ostwestfalen.“ Und weiter: „Wir halten gut zusammen.“ Wenn Sitzungswochen sind, reservieren die Teutonen Bahnabteile. Die erste Gruppe, zu der Schepsmeier gehört, steigt in Minden ein, der Rest folgt im Hauptbahnhof Bielefeld.

Wegen der vergleichsweise weiten Anreise nach Düsseldorf – die Bahn braucht drei Stunden – sitzt Schepsmeier in der sitzungsfreien Zeit nicht im Landtagsbüro. Und wenn er in Düsseldorf das Mandat wahrnimmt, dann übernachtet er während der Woche dort. Das Dorf Wehe, das zu Rahden gehört, ist für ein tägliches Hin und Her zu weit weg von der Landeshauptstadt.

Schepsmeier kommt vom Lande. Daheim bewohnt er mit Frau und drei Kindern zwischen sechs und vierzehn Jahren ein umgebautes Schulhaus nebst 3 800 Quadratmetern Grundfläche. Bienen und Hühner komplettieren das rustikale Leben, das Schepsmeier, der als Student die Großstadt Bielefeld kennengelernt hat, jetzt genießt.

Sein Vater hatte ein paar Jahre im Nebenerwerb Landwirtschaft betrieben. Sechs Hektar bewirtschaftete die Familie damals. Als Brotberuf diente das Bäckerhandwerk. Die Schepsmeiers zählten sich damals zu den kleinen Leuten. Das bekam der junge Friedrich im Gymnasium manchmal zu spüren, nicht von den Klassenkameraden, vielmehr von einigen Lehrern. Noch heute erinnert sich der 1949 geborene Politiker daran, wie sich manche Herren Studienräte über die leicht abgewetzte Kleidung des Schülers Friedrich oder das Fehlen eines kompletten Lexikons zu Hause mokierten.

So etwas prägt nicht nur empfindsame Naturen. Friedrich Schepsmeier erlebte das Dilemma fehlender Chancengleichheit. Fortan empfand er sozialdemokratisch. Mit 17 Jahren schloß er sich der SPD an. Schon in der Schule nannte man ihn den Roten Zar. Viel später schulmeisterte ihn, den Jungsozialisten, Helmut Schmidt auf dem Bundesparteitag 1973. Die Jusos hatten ein Gegenkonzept zum ökonomischen Langzeitprogramm der Partei-Granden vorgelegt.

Von der 68er Aufbruchstimmung wurde auch Schepsmeier angesteckt. Man habe nach Berlin zur APO geschaut, sei aber noch ein bißchen zu jung gewesen, um dazuzugehören. Heute vermißt Schepsmeier die geistige Regsamkeit jener Aufbruchjahre. Der politische Betrieb erschöpfe sich zu sehr im Tagesgeschäft. Schepsmeier, der Gymnasiallehrer für Mathematik und Soziologie, betrachtet sich nicht als Intellektuellen. „Den einen kling das etwas überheblich, den anderen wie ein Schimpfwort“, meint er. Er dürfe die Bodenhaftung nicht verlieren, erst recht nicht in einem Wahlkreis mit sechs Gemeinden mit jeweils zwischen sieben und zwölf Ortschaften sowie regem Vereinsleben. „Das Grußwort des Wahlkreisabge-



Friedrich Schepsmeier (SPD)

ordneten darf nicht länger als fünf Minuten dauern, dann hockt man sich zu den Leuten und muß ganz handfest dabei sein.“ Der beurlaubte Lehrer beklagt, daß sein Berufsstand und der öffentliche Dienst generell im Landtag und anderen Parlamenten reichlich vertreten sind: „Den anderen Gruppen wird es schwergemacht.“

Schepsmeier, der ein enges Verhältnis zu seiner evangelischen Kirche pflegt, strebte 1995 nicht mit vollster Leidenschaft in den Landtag. „Ich bin gestandener Kommunalpolitiker“, sagt das Mitglied des Kreistages Minden-Lübbecke. Nachdem der Wahlkreis-Abgeordnete Krumsiek im November 1994 plötzlich verzichtete, habe er sich kurzfristig entscheiden müssen: „Ich hab' halt gesagt, o.k.“ Er sei ein Pflichtmensch, seine Frau behaupte, er könne nicht leicht nein sagen. Ein Bundestagsmandat kommt für Schepsmeier nicht in Frage: „Ich bin auch zu alt zum Umtopfen.“

Im Landtag liegt dem Pädagogen das Schul- und Kindergartenwesen am Herzen. Außerdem will er mit dafür sorgen, daß die Landesgesetzgebung nicht großstadt-orientiert wird, vielmehr die Belange des ländlichen Raumes berücksichtigt.

Aktiver Sport und ausgiebige Reiseaktivitäten sind nicht Schepsmeiers Sache. Früher hat er Handball gespielt, heute verspricht er hin und wieder den Söhnen, von denen einer BVB- und ein anderer KSC-Fan ist, gemeinsame Stadionbesuche. Familienvater-Pflichten. Von Fernweh nicht sonderlich geplagt, möchte er doch einmal die USA kennenlernen. Auch Italien reizt ihn, Spanien hingegen gar nicht.

In der Freizeit liegt Schepsmeier daran, das große Grundstück in Ordnung zu halten. Die Lust anzupacken, korrespondiert mit dem Hang zur Literatur. Thomas Manns Opus hat er gelesen, Bölls Werk dergleichen. Aus dem Roten Zar aus Quartaner- und Tertianer-Zeiten ist mit den Jahren ein besonnener Sozialdemokrat und Familienmensch geworden: geistig interessiert und der Scholle verhaftet.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 24. 12. 1997 bis zum 20. 1. 1998

24. 12. **Hans Frey** (SPD), 48 J.
25. 12. **Heinz Wirtz** (SPD), 54 J.
29. 12. **Bodo Champignon** (SPD), 56 J.
30. 12. **Walter Grevener** (SPD), 67 J.

1. 1. **Claudia Nell-Paul** (SPD), 44 J.
5. 1. **Roland Appel** (GRÜNE), 44 J.
8. 1. **Hubert Schulte** (CDU), 53 J.
9. 1. **Willi Zylajew** (CDU), 48 J.
13. 1. **Leonhard Kuckart** (CDU), 66 J.
13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 58 J.
13. 1. **Volkmar Klein** (CDU), 38 J.
16. 1. **Dr. h. c. Johannes Rau** (SPD), 67 J.
16. 1. **Georg Gregull** (CDU), 66 J.
16. 1. **Franz Müntefering** (SPD), 58 J.
17. 1. **Bernd Flessenkemper** (SPD), 48 J.
19. 1. **Karl-Heinz Rusche** (SPD), 57 J.
19. 1. **Thomas Mahlberg** (CDU), 33 J.
20. 1. **Hermann-Josef Arentz** (CDU), 45 J.

★

Wolfgang Clement (SPD), Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, wird Wesels neuer „Esel“. Er erhält zu Karneval 1998 den Eselsorden der Stadt. Die Auszeichnung tragen bereits 24 andere Persönlichkeiten, unter ihnen Bundestagspräsidentin **Rita Süßmuth**. Belohnt wird mit der karnevalistischen Auszeichnung die „humorvollste Tat im humorvollsten Sinne“: Eine Anspielung auf Clements Einsatz für eine neue Rheinbrücke und den Ausbildungsmarkt. Gekürt wird der Minister am 22. Februar 1998 in der Weseler Niederrheinhalle.

★

Dr. Klaus Heugel (SPD), Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Köln, ist Kandidat seiner Partei für das Amt des künftigen Oberbürgermeisters der Domstadt. Heugel siegte auf einem Parteitag in einer Kampfabstimmung gegen seinen Konkurrenten, den Kölner SPD-Partei-vorsitzenden **Kurt Uhlenbruch**. In geheimer Wahl stimmten von den 301 Delegierten bei einer Enthaltung 156 für Heugel und 144 für Uhlenbruch. Bei den Kommunalwahlen 1999 wird der Kölner Oberbürgermeister erstmals von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt.

★

Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, hat die Aufnahme des rheinischen Kölsch als erstes deutsches Bier in die Liste der regionalen EU-Spezialitäten durch die Kommission der Europäischen Union begrüßt. Er wertete die Aufnahme der obergärigen Sorte in den „Olymp der europäischen Spezialitäten“ als Auszeichnung der ganzen Region. Kölsch darf nun in keiner anderen Gegend kopiert werden.

★

Debattensplitter

„Darf man da auch hinkommen bei ‚femme totale‘?“ Diese Frage richtete der SPD-Fraktionsvorsitzende **Klaus Matthiesen** an die GRÜNE-Abgeordnete **Brigitte Hermann**. Sie hatte im Plenum bekräftigt, mit den Frauenfilmfestivals „feminale“ und „femme totale“ sei im Haushalt ein für die Frauenkultur wichtiger Bereich gestärkt worden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



In Werl steht ein Schwein an der Krippe

In Westfalen hat sich viel lebendiges Krippenbrauchtum erhalten. Es erinnert an den ursprünglichen Sinn des Weihnachtsfestes. Bereits in der Adventszeit stellen „Wandelkrippen“ wie die in der katholischen Propsteikirche St. Walburga in der westfälischen Wallfahrtsstadt Werl in wechselnden Szenen das Geschehen rund um die Menschwerdung Christi dar. Neben menschlichen Figuren und Tieren wie Ochs und Esel steht sogar ein Schwein mit an der Krippe, ein Stück Lokalkolorit, das an blühenden Viehhandel und den Schweinemarkt in der alten Hansestadt am Hellweg erinnert. Nur wenig weiter, in der Wallfahrtsbasilika der Franziskaner findet sich eine weitere sehenswerte Krippendarstellung. Dort gehört der Ordensgründer Franziskus zu den Figuren rund um die Heilige Familie. Er gilt als der Erfinder der heutigen Kirchen- und Hauskrippen. Ein weiteres Kuriosum in der Basilika: dem Schnitzer der Holzfiguren haben Werler Bürger und Ordensbrüder Modell gesehen. So ähnelt beispielsweise das Antlitz des Erzengels über dem Stall von Bethlehem dem eines Werler Lehrers, der als Organist in der Kirche aushalf. Tausende Besucher lockt die „Westfälische Weihnachtskrippe“ jährlich in den Patroklidom in Soest. Im Puppenstubenformat ist ein riesiges Ensemble aufgebaut, zur Freude junger Familien mit Kindern. Dazu gehört auch ein „Kiepenkerl“ (Wanderhändler), wie man ihn aus dem Münsterland kennt. Ein besonderes Schauspiel wird am Heiligen Abend von der evangelischen Kirche St. Petri geboten: das „Soester Gloria-Singen“. In alle Richtungen erschallt der Posaunenklang. Weihnachtszeit ist Krippenzeit, aber nicht nur in Kirchen. In Westfalen hat die Krippe inzwischen auch musealen Stellenwert. Das historische und zeitgenössische Krippenschaffen heimischer Künstler ist ab Mitte November in der jährlichen Krippenausstellung im Heimatmuseum „Haus Münsterland“ in Telgte zu verfolgen. Im jüngst eröffneten gegenüberliegenden „Krippenmuseum“ wird die Geschichte der Darbietung des Weihnachtsgeschehens erläutert. Der zeitliche Wandel wie auch der internationale Vergleich sind wissenschaftlich fundiert dokumentiert. Tausende Besucher staunen jedes Jahr über die Vielfalt der Materialien von Papier über Wachs und Keramik bis zu Holz und Textilien. Das Bild zeigt den Volkskundler und Museumsleiter **Dr. Thomas Ostendorf** vor einer Krippengruppe im Telgte „Krippenmuseum“.

Foto: LVV Westfalen